

Gesetzentwurf **der Bundesregierung**

Entwurf eines Gesetzes **zu dem Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005** **zur Verhütung des Terrorismus**

A. Problem und Ziel

Das Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus (im Folgenden: Übereinkommen) zielt auf den Aspekt der Prävention von Terrorismus. Es ist am 1. Juni 2007 in Kraft getreten. Das Übereinkommen verlangt von den Vertragsparteien wirksame Maßnahmen, um die Begehung terroristischer Straftaten zu verhindern. Zu diesem Zweck sollen die Vertragsparteien unter Wahrung der menschenrechtlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze die öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat sowie die Anwerbung und Ausbildung für terroristische Zwecke unter Strafe stellen, wenn diese Handlungen rechtswidrig und vorsätzlich begangen werden. Das Übereinkommen knüpft zur Bestimmung terroristischer Straftaten an die bestehenden sektoralen Terrorismuskonventionen der Vereinten Nationen an und stellt somit eine Ergänzung zu diesen Konventionen dar. Zum Zweck der Terrorismusprävention fordert das Übereinkommen zudem eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien.

B. Lösung

Durch den Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung des Übereinkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Keiner

E. Sonstige Kosten

Keine

F. Bürokratiekosten

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen, die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, *A.* November 2010

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen des Europarats
vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 875. Sitzung am 15. Oktober 2010 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz
zu dem Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005
zur Verhütung des Terrorismus****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 24. Oktober 2006 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus, im Anhang geändert durch Entscheidung des Ministerkomitees vom 11. September 2008 auf der 1034. Sitzung des Komitees der Ministerbeauftragten (CM/Del/Dec (2008) 1034/10.1), wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, vom Ministerkomitee des Europarats nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens beschlossene Änderungen des Anhangs und deren Inkrafttreten für die Bundesrepublik Deutschland im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 23 Absatz 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus (im Folgenden: Übereinkommen) geschaffen werden.

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Der Anhang des Übereinkommens enthält eine Liste von Verträgen, auf die gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Übereinkommens Bezug genommen wird. In diese Liste wurde mit Entscheidung des Ministerkomitees des Europarats vom 11. September 2008 das Internationale Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (BGBl. 2007 II S. 1586, 1587) aufgenommen.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens kann das Ministerkomitee zur Aktualisierung der Vertragsliste im Anhang Änderungen beschließen. Artikel 2 ermächtigt das Bundesministerium der Justiz, derartige Änderungen sowie deren Inkrafttreten für die Bundesrepublik Deutschland bekannt zu machen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 23 Absatz 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Für Bund, Länder und Gemeinden entstehen durch dieses Gesetz keine Kosten. Es hat auf Grund der bloßen Zustimmung zu dem Übereinkommen auch keine Auswirkungen auf die Einzelpreise oder das allgemeine Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau.

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen, die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus

Council of Europe Convention on the Prevention of Terrorism

Convention du Conseil de l'Europe pour la prévention du terrorisme

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe and the other Signatories hereto,

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les autres Signataires,

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Unterzeichner dieses Übereinkommens –

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve greater unity between its members;

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres;

von der Erwägung geleitet, dass es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen;

Recognising the value of reinforcing co-operation with the other Parties to this Convention;

Reconnaissant l'intérêt d'intensifier la coopération avec les autres Parties à la présente Convention;

in Anerkennung der Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit mit den anderen Vertragsparteien dieses Übereinkommens;

Wishing to take effective measures to prevent terrorism and to counter, in particular, public provocation to commit terrorist offences and recruitment and training for terrorism;

Souhaitant que des mesures efficaces soient prises pour prévenir le terrorisme et pour faire face, en particulier, à la provocation publique à commettre des infractions terroristes, ainsi qu'au recrutement et à l'entraînement pour le terrorisme;

von dem Wunsch geleitet, wirksame Maßnahmen zu treffen, um Terrorismus zu verhüten und insbesondere der öffentlichen Aufforderung zur Begehung terroristischer Straftaten sowie der Anwerbung und Ausbildung für terroristische Zwecke entgegenzutreten;

Aware of the grave concern caused by the increase in terrorist offences and the growing terrorist threat;

Conscients de la grave inquiétude causée par la multiplication des infractions terroristes et par l'accroissement de la menace terroriste;

angesichts der ernsthaften Besorgnis, die durch die Zunahme terroristischer Straftaten und die wachsende terroristische Bedrohung verursacht wird;

Aware of the precarious situation faced by those who suffer from terrorism, and in this connection reaffirming their profound solidarity with the victims of terrorism and their families;

Conscients de la situation précaire à laquelle se trouvent confrontées les personnes du fait du terrorisme et réaffirmant, dans ce contexte, leur profonde solidarité avec les victimes du terrorisme et avec leurs familles;

angesichts der prekären Lage derer, die von Terrorismus betroffen sind, und in diesem Zusammenhang in Bekräftigung ihrer tiefen Solidarität mit den Opfern des Terrorismus und ihren Angehörigen;

Recognising that terrorist offences and the offences set forth in this Convention, by whoever perpetrated, are under no circumstances justifiable by considerations of a political, philosophical, ideological, racial, ethnic, religious or other similar nature, and recalling the obligation of all Parties to prevent such offences and, if not prevented, to prosecute and ensure that they are punishable by penalties which take into account their grave nature;

Reconnaissant que les infractions terroristes ainsi que celles prévues par la présente Convention, quels que soient leurs auteurs, ne sont en aucun cas justifiables par des considérations de nature politique, philosophique, idéologique, raciale, ethnique, religieuse ou de toute autre nature similaire et rappelant l'obligation des Parties de prévenir de tels actes et, s'ils ne le sont pas, de les poursuivre et de s'assurer qu'ils sont punis par des peines qui tiennent compte de leur gravité;

in Anerkennung dessen, dass terroristische Straftaten und die in diesem Übereinkommen genannten Straftaten, unabhängig davon, von wem sie begangen werden, unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können, indem politische, philosophische, weltanschauliche, rassische, ethnische, religiöse oder sonstige Erwägungen ähnlicher Art angeführt werden, und unter Hinweis auf die Verpflichtung aller Vertragsparteien, solche Straftaten zu verhüten und diese, wenn sie nicht verhütet wurden, strafrechtlich zu verfolgen und sicherzustellen, dass sie mit Strafen bedroht werden, welche die Schwere der Tat berücksichtigen;

Recalling the need to strengthen the fight against terrorism and reaffirming that all measures taken to prevent or suppress terrorist offences have to respect the rule of law and democratic values, human rights and fundamental freedoms as well as other

Rappelant le besoin de renforcer la lutte contre le terrorisme et réaffirmant que toutes les mesures prises pour prévenir ou réprimer les infractions terroristes doivent respecter l'Etat de droit et les valeurs démocratiques, les droits de l'homme et les

unter Hinweis auf die Notwendigkeit, den Kampf gegen den Terrorismus zu verstärken, und bekräftigend, dass alle Maßnahmen zur Verhütung oder Bekämpfung terroristischer Straftaten unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen

provisions of international law, including, where applicable, international humanitarian law;

Recognising that this Convention is not intended to affect established principles relating to freedom of expression and freedom of association;

Recalling that acts of terrorism have the purpose by their nature or context to seriously intimidate a population or unduly compel a government or an international organisation to perform or abstain from performing any act or seriously destabilise or destroy the fundamental political, constitutional, economic or social structures of a country or an international organisation;

Have agreed as follows:

Article 1 Terminology

1 For the purposes of this Convention, "terrorist offence" means any of the offences within the scope of and as defined in one of the treaties listed in the Appendix.

2 On depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, a State or the European Community which is not a party to a treaty listed in the Appendix may declare that, in the application of this Convention to the Party concerned, that treaty shall be deemed not to be included in the Appendix. This declaration shall cease to have effect as soon as the treaty enters into force for the Party having made such a declaration, which shall notify the Secretary General of the Council of Europe of this entry into force.

Article 2 Purpose

The purpose of the present Convention is to enhance the efforts of Parties in preventing terrorism and its negative effects on the full enjoyment of human rights, in particular the right to life, both by measures to be taken at national level and through international co-operation, with due regard to the existing applicable multilateral or bilateral treaties or agreements between the Parties.

Article 3 National prevention policies

1 Each Party shall take appropriate measures, particularly in the field of training

libertés fondamentales, ainsi que les autres dispositions du droit international, y compris le droit international humanitaire lorsqu'il est applicable;

Reconnaissant que la présente Convention ne porte pas atteinte aux principes établis concernant la liberté d'expression et la liberté d'association;

Rappelant que les actes de terrorisme, par leur nature ou leur contexte, visent à intimider gravement une population, ou à contraindre indûment un gouvernement ou une organisation internationale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque, ou à gravement déstabiliser ou détruire les structures fondamentales politiques, constitutionnelles, économiques ou sociales d'un pays ou d'une organisation internationale;

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1 Terminologie

1 Aux fins de la présente Convention, on entend par «infraction terroriste» l'une quelconque des infractions entrant dans le champ d'application et telles que définies dans l'un des traités énumérés en annexe.

2 En déposant son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, un Etat ou la Communauté européenne qui n'est pas partie à un traité énuméré dans l'annexe peut déclarer que, lorsque la présente Convention est appliquée à la Partie concernée, ledit traité est réputé ne pas figurer dans cette annexe. Cette déclaration devient caduque dès l'entrée en vigueur du traité pour la Partie ayant fait une telle déclaration, qui notifie au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe cette entrée en vigueur.

Article 2 Objectif

Le but de la présente Convention est d'améliorer les efforts des Parties dans la prévention du terrorisme et de ses effets négatifs sur la pleine jouissance des droits de l'homme et notamment du droit à la vie, à la fois par des mesures à prendre au niveau national et dans le cadre de la coopération internationale, en tenant compte des traités ou des accords bilatéraux et multilatéraux existants, applicables entre les Parties.

Article 3 Politiques nationales de prévention

1 Chaque Partie prend des mesures appropriées, en particulier dans le domaine de

Werte, der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie anderer Bestimmungen des Völkerrechts, einschließlich, soweit anwendbar, des humanitären Völkerrechts, zu treffen sind;

in Anerkennung dessen, dass eine Beeinträchtigung der anerkannten Grundsätze betreffend die Freiheit der Meinungsäußerung und die Vereinigungsfreiheit durch dieses Übereinkommen nicht beabsichtigt ist;

unter Hinweis darauf, dass terroristische Handlungen aufgrund ihres Wesens oder der Umstände darauf abzielen, die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern, eine Regierung oder internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 Begriffsbestimmung

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „terroristische Straftat“ eine Straftat im Geltungsbereich und nach der Begriffsbestimmung einer der im Anhang aufgeführten Verträge.

(2) Bei Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde kann ein Staat oder die Europäische Gemeinschaft, sofern der Staat oder die Europäische Gemeinschaft nicht Vertragspartei einer der im Anhang aufgeführten Verträge ist, erklären, dass der betreffende Vertrag bei der Anwendung dieses Übereinkommens auf die betreffende Vertragspartei als nicht im Anhang aufgeführt gilt. Diese Erklärung wird ungültig, sobald der Vertrag für die Vertragspartei, die eine solche Erklärung abgegeben hat, in Kraft getreten ist; diese notifiziert dem Generalsekretär des Europarats dieses Inkrafttreten.

Artikel 2 Zweck

Zweck dieses Übereinkommens ist es, die Bestrebungen der Vertragsparteien zur Verhütung des Terrorismus und seiner nachteiligen Auswirkungen auf den uneingeschränkten Genuss der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Leben, sowohl durch innerstaatlich zu treffende Maßnahmen als auch durch internationale Zusammenarbeit unter gebührender Berücksichtigung der bestehenden anwendbaren mehrseitigen oder zweiseitigen Verträge oder sonstigen Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien zu fördern.

Artikel 3 Innerstaatliche Maßnahmen zur Verhütung des Terrorismus

(1) Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, insbesondere im Bereich

of law enforcement authorities and other bodies, and in the fields of education, culture, information, media and public awareness raising, with a view to preventing terrorist offences and their negative effects while respecting human rights obligations as set forth in, where applicable to that Party, the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, the International Covenant on Civil and Political Rights, and other obligations under international law.

2 Each Party shall take such measures as may be necessary to improve and develop the co-operation among national authorities with a view to preventing terrorist offences and their negative effects by, *inter alia*:

- a exchanging information;
- b improving the physical protection of persons and facilities;
- c enhancing training and coordination plans for civil emergencies.

3 Each Party shall promote tolerance by encouraging inter-religious and cross-cultural dialogue involving, where appropriate, non-governmental organisations and other elements of civil society with a view to preventing tensions that might contribute to the commission of terrorist offences.

4 Each Party shall endeavour to promote public awareness regarding the existence, causes and gravity of and the threat posed by terrorist offences and the offences set forth in this Convention and consider encouraging the public to provide factual, specific help to its competent authorities that may contribute to preventing terrorist offences and offences set forth in this Convention.

la formation des autorités répressives et autres organes, ainsi que dans les domaines de l'éducation, de la culture, de l'information, des médias et de la sensibilisation du public, en vue de prévenir les infractions terroristes et leurs effets négatifs, tout en respectant les obligations relatives aux droits de l'homme lui incombant, telles qu'établies dans la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, dans le Pacte international relatif aux droits civils et politiques, et d'autres obligations relatives au droit international, lorsqu'ils lui sont applicables.

2 Chaque Partie prend les mesures qui s'avèrent nécessaires pour améliorer et développer la coopération entre les autorités nationales en vue de prévenir les infractions terroristes et leurs effets négatifs, notamment:

- a par l'échange d'informations;
- b par le renforcement de la protection physique des personnes et des infrastructures;
- c par l'amélioration des plans de formation et de coordination pour des situations de crise.

3 Chaque Partie promeut la tolérance en encourageant le dialogue interreligieux et transculturel, en impliquant, le cas échéant, des organisations non gouvernementales et d'autres acteurs de la société civile à participer, en vue de prévenir les tensions qui pourraient contribuer à la commission d'infractions terroristes.

4 Chaque Partie s'efforce de mieux sensibiliser le public à l'existence, aux causes à la gravité et à la menace que représentent les infractions terroristes et les infractions prévues par la présente Convention, et envisage d'encourager le public à fournir aux autorités compétentes une aide factuelle et spécifique, qui pourrait contribuer à la prévention des infractions terroristes et des infractions prévues par la présente Convention.

der Aus- und Weiterbildung der Strafverfolgungsbehörden und anderer Einrichtungen sowie in den Bereichen Bildung, Kultur, Information, Medien und Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit, um terroristische Straftaten und ihre nachteiligen Auswirkungen unter Achtung der Verpflichtungen zur Wahrung der Menschenrechte, wie sie in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und in anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen enthalten sind, soweit diese auf die Vertragspartei anwendbar sind, zu verhüten.

(2) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Zusammenarbeit zwischen den innerstaatlichen Behörden zu verbessern und weiterzuentwickeln, damit terroristische Straftaten und ihre nachteiligen Auswirkungen verhütet werden, unter anderem durch

- a) den Austausch von Informationen;
- b) die Verbesserung des physischen Schutzes von Personen und Einrichtungen;
- c) die Verbesserung von Ausbildungs- und Koordinationsplänen für zivile Notfälle.

(3) Jede Vertragspartei fördert die Toleranz, indem sie den interreligiösen und interkulturellen Dialog, gegebenenfalls unter Beteiligung von nichtstaatlichen Organisationen und anderen Teilen der Zivilgesellschaft, stärkt, um Spannungen zu verhindern, die zur Begehung terroristischer Straftaten beitragen könnten.

(4) Jede Vertragspartei ist bestrebt, das öffentliche Bewusstsein für das Vorhandensein terroristischer Straftaten und der in diesem Übereinkommen genannten Straftaten, für ihre Ursachen und Schwere sowie für die von ihnen ausgehende Bedrohung zu schärfen, und zieht in Erwägung, die Öffentlichkeit zu ermutigen, ihren zuständigen Behörden sachbezogene, spezifische Hilfe zu leisten, die zur Verhütung terroristischer Straftaten und der in diesem Übereinkommen genannten Straftaten beitragen könnten.

Article 4

International co-operation on prevention

Parties shall, as appropriate and with due regard to their capabilities, assist and support each other with a view to enhancing their capacity to prevent the commission of terrorist offences, including through exchange of information and best practices, as well as through training and other joint efforts of a preventive character.

Article 4

Coopération internationale en matière de prévention

Les Parties se prêtent assistance et soutien, le cas échéant et en tenant dûment compte de leurs possibilités, afin d'améliorer leur capacité à prévenir la commission des infractions terroristes, y compris par des échanges d'informations et de bonnes pratiques, ainsi que par la formation et par d'autres formes d'efforts conjoints à caractère préventif.

Artikel 4

Internationale Zusammenarbeit bei der Verhütung des Terrorismus

Die Vertragsparteien gewähren einander soweit angebracht und unter gebührender Berücksichtigung ihrer Möglichkeiten Hilfe und Unterstützung, um sich besser in die Lage zu versetzen, die Begehung terroristischer Straftaten zu verhüten, unter anderem durch den Austausch von Informationen und bewährten Vorgehensweisen sowie durch Aus- und Weiterbildung und andere gemeinsame Bemühungen vorbeugender Art.

Article 5**Public provocation
to commit a terrorist offence**

1 For the purposes of this Convention, “public provocation to commit a terrorist offence” means the distribution, or otherwise making available, of a message to the public, with the intent to incite the commission of a terrorist offence, where such conduct, whether or not directly advocating terrorist offences, causes a danger that one or more such offences may be committed.

2 Each Party shall adopt such measures as may be necessary to establish public provocation to commit a terrorist offence, as defined in paragraph 1, when committed unlawfully and intentionally, as a criminal offence under its domestic law.

Article 5**Provocation publique
à commettre une infraction terroriste**

1 Aux fins de la présente Convention, on entend par «provocation publique à commettre une infraction terroriste» la diffusion ou toute autre forme de mise à disposition du public d’un message, avec l’intention d’inciter à la commission d’une infraction terroriste, lorsqu’un tel comportement, qu’il préconise directement ou non la commission d’infractions terroristes, crée un danger qu’une ou plusieurs de ces infractions puissent être commises.

2 Chaque Partie adopte les mesures qui s’avèrent nécessaires pour ériger en infraction pénale, conformément à son droit interne, la provocation publique à commettre une infraction terroriste telle que définie au paragraphe 1, lorsqu’elle est commise illégalement et intentionnellement.

Artikel 5**Öffentliche Aufforderung zur
Begehung einer terroristischen Straftat**

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat“ das öffentliche Verbreiten oder sonstige öffentliche Zugänglichmachen einer Botschaft mit dem Vorsatz, zur Begehung einer terroristischen Straftat anzustiften, wenn dieses Verhalten, unabhängig davon, ob dabei terroristische Straftaten unmittelbar befürwortet werden, die Gefahr begründet, dass eine oder mehrere solcher Straftaten begangen werden könnten.

(2) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat im Sinne des Absatzes 1, wenn sie rechtswidrig und vorsätzlich begangen wird, nach ihrem innerstaatlichen Recht als Straftat zu umschreiben.

Article 6**Recruitment for terrorism**

1 For the purposes of this Convention, “recruitment for terrorism” means to solicit another person to commit or participate in the commission of a terrorist offence, or to join an association or group, for the purpose of contributing to the commission of one or more terrorist offences by the association or the group.

2 Each Party shall adopt such measures as may be necessary to establish recruitment for terrorism, as defined in paragraph 1, when committed unlawfully and intentionally, as a criminal offence under its domestic law.

Article 6**Recrutement pour le terrorisme**

1 Aux fins de la présente Convention, on entend par «recrutement pour le terrorisme» le fait de solliciter une autre personne pour commettre ou participer à la commission d’une infraction terroriste, ou pour se joindre à une association ou à un groupe afin de contribuer à la commission d’une ou plusieurs infractions terroristes par l’association ou le groupe.

2 Chaque Partie adopte les mesures qui s’avèrent nécessaires pour ériger en infraction pénale, conformément à son droit interne, le recrutement pour le terrorisme, tel que défini au paragraphe 1 de cet article, lorsqu’il est commis illégalement et intentionnellement.

Artikel 6**Anwerbung für terroristische Zwecke**

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „Anwerbung für terroristische Zwecke“, eine andere Person dazu zu bestimmen, eine terroristische Straftat zu begehen, sich an deren Begehung zu beteiligen oder sich einer Vereinigung oder einer Gruppe zu dem Zweck anzuschließen, zur Begehung einer oder mehrerer terroristischer Straftaten durch die Vereinigung oder Gruppe beizutragen.

(2) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Anwerbung für terroristische Zwecke im Sinne des Absatzes 1, wenn sie rechtswidrig und vorsätzlich begangen wird, nach ihrem innerstaatlichen Recht als Straftat zu umschreiben.

Article 7**Training for terrorism**

1 For the purposes of this Convention, “training for terrorism” means to provide instruction in the making or use of explosives, firearms or other weapons or noxious or hazardous substances, or in other specific methods or techniques, for the purpose of carrying out or contributing to the commission of a terrorist offence, knowing that the skills provided are intended to be used for this purpose.

2 Each Party shall adopt such measures as may be necessary to establish training for terrorism, as defined in paragraph 1, when committed unlawfully and intentionally, as a criminal offence under its domestic law.

Article 7**Entraînement pour le terrorisme**

1 Aux fins de la présente Convention, on entend par «entraînement pour le terrorisme» le fait de donner des instructions pour la fabrication ou l’utilisation d’explosifs, d’armes à feu ou d’autres armes ou substances nocives ou dangereuses, ou pour d’autres méthodes et techniques spécifiques en vue de commettre une infraction terroriste ou de contribuer à sa commission, sachant que la formation dispensée a pour but de servir à la réalisation d’un tel objectif.

2 Chaque Partie adopte les mesures qui s’avèrent nécessaires pour ériger en infraction pénale, conformément à son droit interne, l’entraînement pour le terrorisme, tel que défini au paragraphe 1 de cet article, lorsqu’il est commis illégalement et intentionnellement.

Artikel 7**Ausbildung für terroristische Zwecke**

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „Ausbildung für terroristische Zwecke“ die Unterweisung in der Herstellung oder im Gebrauch von Sprengstoffen, Feuer- oder sonstigen Waffen oder schädlichen oder gefährlichen Stoffen oder die Unterweisung in anderen spezifischen Methoden oder Verfahren mit dem Ziel, eine terroristische Straftat zu begehen oder zu deren Begehung beizutragen, in Kenntnis der Tatsache, dass die vermittelten Fähigkeiten für diesen Zweck eingesetzt werden sollen.

(2) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Ausbildung für terroristische Zwecke im Sinne des Absatzes 1, wenn sie rechtswidrig und vorsätzlich begangen wird, nach ihrem innerstaatlichen Recht als Straftat zu umschreiben.

Article 8**Irrelevance of the commission of a terrorist offence**

For an act to constitute an offence as set forth in Articles 5 to 7 of this Convention, it shall not be necessary that a terrorist offence be actually committed.

Article 8**Indifférence du résultat**

Pour qu'un acte constitue une infraction au sens des articles 5 à 7 de la présente Convention, il n'est pas nécessaire que l'infraction terroriste soit effectivement commise.

Artikel 8**Unerheblichkeit der tatsächlichen Begehung einer terroristischen Straftat**

Für die Umschreibung einer Handlung als Straftat im Sinne der Artikel 5 bis 7 ist es nicht erforderlich, dass eine terroristische Handlung tatsächlich begangen wird.

Article 9**Ancillary offences**

1 Each Party shall adopt such measures as may be necessary to establish as a criminal offence under its domestic law:

- a Participating as an accomplice in an offence as set forth in Articles 5 to 7 of this Convention;
- b Organising or directing others to commit an offence as set forth in Articles 5 to 7 of this Convention;
- c Contributing to the commission of one or more offences as set forth in Articles 5 to 7 of this Convention by a group of persons acting with a common purpose. Such contribution shall be intentional and shall either:
 - i be made with the aim of furthering the criminal activity or criminal purpose of the group, where such activity or purpose involves the commission of an offence as set forth in Articles 5 to 7 of this Convention; or
 - ii be made in the knowledge of the intention of the group to commit an offence as set forth in Articles 5 to 7 of this Convention.

2 Each Party shall also adopt such measures as may be necessary to establish as a criminal offence under, and in accordance with, its domestic law the attempt to commit an offence as set forth in Articles 6 and 7 of this Convention.

Article 9**Infractions accessoires**

1 Chaque Partie adopte les mesures qui s'avèrent nécessaires pour ériger en infraction pénale dans son droit interne:

- a la participation en tant que complice à une infraction au sens des articles 5 à 7 de la présente Convention;
- b l'organisation de la commission d'une infraction au sens des articles 5 à 7 de la présente Convention ou le fait de donner l'ordre à d'autres personnes de la commettre;
- c la contribution à la commission d'une ou plusieurs des infractions visées aux articles 5 à 7 de la présente Convention par un groupe de personnes agissant de concert. Ce concours doit être délictueux et doit:
 - i soit viser à faciliter l'activité criminelle du groupe ou en servir le but, lorsque cette activité ou ce but supposent la commission d'une infraction au sens des articles 5 à 7 de la présente Convention;
 - ii soit être apporté en sachant que le groupe a l'intention de commettre une infraction au sens des articles 5 à 7 de la présente Convention.

2 Chaque Partie adopte également les mesures qui s'avèrent nécessaires pour ériger en infraction pénale dans et conformément à son droit interne la tentative de commettre une infraction au sens des articles 6 et 7 de la présente Convention.

Artikel 9**Ergänzende Straftatbestände**

(1) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um folgende Handlungen nach ihrem innerstaatlichen Recht als Straftaten zu umschreiben:

- a) die Beteiligung als Mittäter oder Gehilfe an einer Straftat im Sinne der Artikel 5 bis 7;
- b) das Organisieren einer Straftat im Sinne der Artikel 5 bis 7 oder das Anweisen anderer, eine solche Straftat zu begehen;
- c) der Beitrag zur Begehung einer oder mehrerer Straftaten im Sinne der Artikel 5 bis 7 durch eine Gruppe von zu einem gemeinsamen Zweck handelnden Personen. Dieser Beitrag muss vorsätzlich sein und entweder
 - i) mit dem Ziel geleistet werden, die kriminelle Tätigkeit oder den kriminellen Zweck der Gruppe zu fördern, wenn die Tätigkeit oder der Zweck die Begehung einer Straftat im Sinne der Artikel 5 bis 7 einschließt, oder
 - ii) in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe geleistet werden, eine Straftat im Sinne der Artikel 5 bis 7 zu begehen.

(2) Jede Vertragspartei trifft ferner die erforderlichen Maßnahmen, um den Versuch der Begehung einer Straftat im Sinne der Artikel 6 und 7 nach ihrem innerstaatlichen Recht und in Übereinstimmung mit diesem als Straftat zu umschreiben.

Article 10**Liability of legal entities**

1 Each Party shall adopt such measures as may be necessary, in accordance with its legal principles, to establish the liability of legal entities for participation in the offences set forth in Articles 5 to 7 and 9 of this Convention.

2 Subject to the legal principles of the Party, the liability of legal entities may be criminal, civil or administrative

3 Such liability shall be without prejudice to the criminal liability of the natural persons who have committed the offences.

Article 10**Responsabilité des personnes morales**

1 Chaque Partie adopte les mesures qui s'avèrent nécessaires, conformément à ses principes juridiques, pour établir la responsabilité des personnes morales qui participent aux infractions visées aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention.

2 Sous réserve des principes juridiques de la Partie, la responsabilité des personnes morales peut être pénale, civile ou administrative.

3 Cette responsabilité est sans préjudice de la responsabilité pénale des personnes physiques qui ont commis les infractions.

Artikel 10**Verantwortlichkeit juristischer Personen**

(1) Jede Vertragspartei trifft in Übereinstimmung mit ihren Rechtsgrundsätzen die erforderlichen Maßnahmen, um die Verantwortlichkeit juristischer Personen für die Beteiligung an den in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten zu begründen.

(2) Vorbehaltlich der Rechtsgrundsätze der Vertragspartei kann die Verantwortlichkeit juristischer Personen strafrechtlicher, zivilrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Art sein.

(3) Diese Verantwortlichkeit berührt nicht die strafrechtliche Verantwortlichkeit der natürlichen Personen, welche die Straftaten begangen haben.

Article 11**Sanctions and measures**

1 Each Party shall adopt such measures as may be necessary to make the offences set forth in Articles 5 to 7 and 9 of this Convention punishable by effective, proportionate and dissuasive penalties.

2 Previous final convictions pronounced in foreign States for offences set forth in the present Convention may, to the extent permitted by domestic law, be taken into account for the purpose of determining the sentence in accordance with domestic law.

3 Each Party shall ensure that legal entities held liable in accordance with Article 10 are subject to effective, proportionate and dissuasive criminal or non-criminal sanctions, including monetary sanctions.

Article 11**Sanctions et mesures**

1 Chaque Partie adopte les mesures qui s'avèrent nécessaires pour que les infractions visées aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention soient passibles de peines effectives, proportionnées et dissuasives.

2 Toute condamnation antérieure et définitive prononcée dans un Etat étranger pour des infractions visées dans la présente Convention peut, dans la mesure où le droit interne le permet, être prise en considération dans la détermination de la peine, conformément au droit interne.

3 Chaque Partie veille à ce que les personnes morales tenues pour responsables, conformément à l'article 10, fassent l'objet de sanctions efficaces, proportionnées et dissuasives de nature pénale ou non pénale, y compris de sanctions pécuniaires.

Artikel 11**Sanktionen und Maßnahmen**

(1) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten mit wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden Strafen zu bedrohen.

(2) Frühere rechtskräftige Verurteilungen, die in ausländischen Staaten wegen in diesem Übereinkommen genannten Straftaten ergangen sind, können, soweit das innerstaatliche Recht dies gestattet, bei der Bestimmung des Strafmaßes nach innerstaatlichem Recht berücksichtigt werden.

(3) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass juristische Personen, die nach Artikel 10 verantwortlich gemacht werden, wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Sanktionen oder Maßnahmen, einschließlich Geldsanktionen, unterliegen.

Article 12**Conditions and safeguards**

1 Each Party shall ensure that the establishment, implementation and application of the criminalisation under Articles 5 to 7 and 9 of this Convention are carried out while respecting human rights obligations, in particular the right to freedom of expression, freedom of association and freedom of religion, as set forth in, where applicable to that Party, the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, the International Covenant on Civil and Political Rights, and other obligations under international law.

2 The establishment, implementation and application of the criminalisation under Articles 5 to 7 and 9 of this Convention should furthermore be subject to the principle of proportionality, with respect to the legitimate aims pursued and to their necessity in a democratic society, and should exclude any form of arbitrariness or discriminatory or racist treatment.

Article 12**Conditions et sauvegardes**

1 Chaque Partie doit s'assurer que l'établissement, la mise en œuvre et l'application de l'incrimination visée aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention soient réalisés en respectant les obligations relatives aux droits de l'homme lui incombant, notamment la liberté d'expression, la liberté d'association et la liberté de religion, telles qu'établies dans la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, dans le Pacte international relatif aux droits civils et politiques, et d'autres obligations découlant du droit international, lorsqu'ils lui sont applicables.

2 L'établissement, la mise en œuvre et l'application de l'incrimination visée aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention devraient en outre être subordonnés au principe de proportionnalité eu égard aux buts légitimes poursuivis et à leur nécessité dans une société démocratique, et devraient exclure toute forme d'arbitraire, de traitement discriminatoire ou raciste.

Artikel 12**Bedingungen und Garantien**

(1) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass bei der Schaffung, Umsetzung und Anwendung der Strafbarkeit nach den Artikeln 5 bis 7 und 9 die Verpflichtungen zur Wahrung der Menschenrechte, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Vereinigungsfreiheit und auf Religionsfreiheit, wie sie in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und in anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen enthalten sind, soweit diese auf die Vertragspartei anwendbar sind, geachtet werden.

(2) Die Schaffung, Umsetzung und Anwendung der Strafbarkeit nach den Artikeln 5 bis 7 und 9 soll ferner im Hinblick auf die rechtmäßig verfolgten Ziele und deren Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit unterliegen und jegliche Form der Willkür oder der diskriminierenden oder rassistischen Behandlung ausschließen.

Article 13**Protection, compensation and support for victims of terrorism**

Each Party shall adopt such measures as may be necessary to protect and support the victims of terrorism that has been committed within its own territory. These measures may include, through the appropriate national schemes and subject to domestic legislation, *inter alia*, financial assistance and compensation for victims of terrorism and their close family members.

Article 13**Protection, dédommagement et aide aux victimes du terrorisme**

Chaque Partie adopte les mesures qui s'avèrent nécessaires pour protéger et soutenir les victimes du terrorisme commis sur son propre territoire. Ces mesures comprendront, selon les systèmes nationaux appropriés et sous réserve de la législation interne, notamment l'aide financière et le dédommagement des victimes du terrorisme et des membres de leur famille proche.

Artikel 13**Schutz, Entschädigung und Unterstützung für Opfer des Terrorismus**

Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Opfer terroristischer Handlungen, die in ihrem eigenen Hoheitsgebiet verübt worden sind, zu schützen und zu unterstützen. Diese Maßnahmen können im Rahmen geeigneter innerstaatlicher Mechanismen und vorbehaltlich der innerstaatlichen Rechtsvorschriften unter anderem die finanzielle Unterstützung und Entschädigung von Opfern des Terrorismus und ihren nahen Angehörigen einschließen.

Article 14 Jurisdiction	Article 14 Compétence	Artikel 14 Gerichtsbarkeit
<p>1 Each Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in this Convention:</p> <p>a when the offence is committed in the territory of that Party;</p> <p>b when the offence is committed on board a ship flying the flag of that Party, or on board an aircraft registered under the laws of that Party;</p> <p>c when the offence is committed by a national of that Party.</p> <p>2 Each Party may also establish its jurisdiction over the offences set forth in this Convention:</p> <p>a when the offence was directed towards or resulted in the carrying out of an offence referred to in Article 1 of this Convention, in the territory of or against a national of that Party;</p> <p>b when the offence was directed towards or resulted in the carrying out of an offence referred to in Article 1 of this Convention, against a State or government facility of that Party abroad, including diplomatic or consular premises of that Party;</p> <p>c when the offence was directed towards or resulted in an offence referred to in Article 1 of this Convention, committed in an attempt to compel that Party to do or abstain from doing any act;</p> <p>d when the offence is committed by a stateless person who has his or her habitual residence in the territory of that Party;</p> <p>e when the offence is committed on board an aircraft which is operated by the Government of that Party.</p> <p>3 Each Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in this Convention in the case where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite him or her to a Party whose jurisdiction is based on a rule of jurisdiction existing equally in the law of the requested Party.</p> <p>4 This Convention does not exclude any criminal jurisdiction exercised in accordance with national law.</p> <p>5 When more than one Party claims jurisdiction over an alleged offence set forth in this Convention, the Parties involved shall, where appropriate, consult with a view to determining the most appropriate jurisdiction for prosecution.</p>	<p>1 Chaque Partie adopte les mesures qui s'avèrent nécessaires pour établir sa compétence à l'égard de toute infraction pénale établie conformément à la présente Convention:</p> <p>a lorsque l'infraction est commise sur son territoire;</p> <p>b lorsque l'infraction est commise à bord d'un navire battant pavillon de cette Partie ou à bord d'un aéronef immatriculé dans cette Partie;</p> <p>c lorsque l'infraction est commise par un de ses ressortissants.</p> <p>2 Chaque Partie peut également établir sa compétence à l'égard de toute infraction pénale établie conformément à la présente Convention:</p> <p>a lorsque l'infraction avait pour but, ou a eu pour résultat, la commission d'une infraction visée à l'article 1 de la présente Convention, sur son territoire ou contre l'un de ses nationaux;</p> <p>b lorsque l'infraction avait pour but, ou a eu pour résultat, la commission d'une infraction visée à l'article 1 de la présente Convention, contre une installation publique de cette Partie située en dehors de son territoire, y compris ses locaux diplomatiques ou consulaires;</p> <p>c lorsque l'infraction avait pour but, ou a eu pour résultat, la commission d'une infraction visée à l'article 1 de la présente Convention, visant à contraindre cette Partie à accomplir un acte quelconque ou à s'en abstenir;</p> <p>d lorsque l'infraction a été commise par un apatride ayant sa résidence habituelle sur son territoire;</p> <p>e lorsque l'infraction a été commise à bord d'un aéronef exploité par le Gouvernement de cette Partie.</p> <p>3 Chaque Partie adopte les mesures qui s'avèreront nécessaires pour établir sa compétence à l'égard de toute infraction pénale établie conformément à la présente Convention dans les cas où l'auteur présumé de l'infraction se trouve sur son territoire et où elle ne l'extrade pas vers une Partie dont la compétence de poursuivre est fondée sur une règle de compétence existant également dans la législation de la Partie requise.</p> <p>4 Cette Convention n'exclut aucune compétence pénale exercée conformément aux lois nationales.</p> <p>5 Lorsque plusieurs Parties revendiquent une compétence à l'égard d'une infraction présumée visée dans la présente Convention, les Parties concernées se concertent, lorsque cela est opportun, afin de déterminer celle qui est la mieux à même d'exercer les poursuites.</p>	<p>(1) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um ihre Gerichtsbarkeit über die in diesem Übereinkommen genannten Straftaten zu begründen,</p> <p>a) wenn die Straftat im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei begangen wird;</p> <p>b) wenn die Straftat an Bord eines Schiffes, das die Flagge dieser Vertragspartei führt, oder eines Luftfahrzeugs, das nach dem Recht dieser Vertragspartei eingetragen ist, begangen wird;</p> <p>c) wenn die Straftat von einem Staatsangehörigen dieser Vertragspartei begangen wird.</p> <p>(2) Jede Vertragspartei kann ihre Gerichtsbarkeit über die in diesem Übereinkommen genannten Straftaten auch begründen,</p> <p>a) wenn es Ziel oder Ergebnis der Straftat war, im Hoheitsgebiet oder gegen einen Staatsangehörigen dieser Vertragspartei eine Straftat im Sinne des Artikels 1 zu begehen;</p> <p>b) wenn es Ziel oder Ergebnis der Straftat war, gegen eine staatliche oder öffentliche Einrichtung dieser Vertragspartei im Ausland, einschließlich diplomatischer oder konsularischer Räumlichkeiten dieser Vertragspartei, eine Straftat im Sinne des Artikels 1 zu begehen;</p> <p>c) wenn Ziel oder Ergebnis der Straftat eine Straftat im Sinne des Artikels 1 war, die in der Absicht begangen wurde, diese Vertragspartei zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen;</p> <p>d) wenn die Straftat von einer staatenlosen Person begangen wird, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat;</p> <p>e) wenn die Straftat an Bord eines Luftfahrzeugs begangen wird, das von der Regierung dieser Vertragspartei betrieben wird.</p> <p>(3) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um ihre Gerichtsbarkeit über die in diesem Übereinkommen genannten Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in ihrem Hoheitsgebiet befindet und sie ihn nicht an eine Vertragspartei ausliefert, deren Gerichtsbarkeit auf einer Zuständigkeitsregelung beruht, die in gleicher Weise im Recht der ersuchten Vertragspartei besteht.</p> <p>(4) Dieses Übereinkommen schließt die Ausübung einer Straferichtsbarkeit nach innerstaatlichem Recht nicht aus.</p> <p>(5) Wird die Gerichtsbarkeit für eine mutmaßliche Straftat im Sinne dieses Übereinkommens von mehr als einer Vertragspartei geltend gemacht, so konsultieren die beteiligten Vertragsparteien einander, soweit angebracht, um die für die Strafverfolgung geeignetste Gerichtsbarkeit zu bestimmen.</p>

Article 15**Duty to investigate**

1 Upon receiving information that a person who has committed or who is alleged to have committed an offence set forth in this Convention may be present in its territory, the Party concerned shall take such measures as may be necessary under its domestic law to investigate the facts contained in the information.

2 Upon being satisfied that the circumstances so warrant, the Party in whose territory the offender or alleged offender is present shall take the appropriate measures under its domestic law so as to ensure that person's presence for the purpose of prosecution or extradition.

3 Any person in respect of whom the measures referred to in paragraph 2 are being taken shall be entitled to:

- a communicate without delay with the nearest appropriate representative of the State of which that person is a national or which is otherwise entitled to protect that person's rights or, if that person is a stateless person, the State in the territory of which that person habitually resides;
- b be visited by a representative of that State;
- c be informed of that person's rights under subparagraphs a. and b.

4 The rights referred to in paragraph 3 shall be exercised in conformity with the laws and regulations of the Party in the territory of which the offender or alleged offender is present, subject to the provision that the said laws and regulations must enable full effect to be given to the purposes for which the rights accorded under paragraph 3 are intended.

5 The provisions of paragraphs 3 and 4 shall be without prejudice to the right of any Party having a claim of jurisdiction in accordance with Article 14, paragraphs 1.c and 2.d to invite the International Committee of the Red Cross to communicate with and visit the alleged offender.

Article 16**Non application of the Convention**

This Convention shall not apply where any of the offences established in accordance with Articles 5 to 7 and 9 is committed within a single State, the alleged offender is a national of that State and is present in the territory of that State, and no other State has a basis under Article 14, paragraph 1 or 2 of this Convention, to exercise jurisdiction, it being understood that the provisions of Articles 17 and 20 to 22

Article 15**Devoir d'enquête**

1 Lorsqu'elle est informée que l'auteur ou l'auteur présumé d'une infraction visée dans la présente Convention pourrait se trouver sur son territoire, la Partie concernée prend les mesures qui s'avèrent nécessaires, conformément à sa législation interne, pour enquêter sur les faits portés à sa connaissance.

2 Si elle estime que les circonstances le justifient, la Partie sur le territoire de laquelle se trouve l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction prend les mesures appropriées en vertu de sa législation interne pour assurer la présence de cette personne aux fins de poursuites ou d'extradition.

3 Toute personne à l'égard de laquelle sont prises les mesures visées au paragraphe 2 est en droit:

- a de communiquer sans retard avec le plus proche représentant compétent de l'Etat dont elle a la nationalité ou qui est autrement habilité à protéger ses droits ou, s'il s'agit d'une personne apatride, de l'Etat sur le territoire duquel elle a sa résidence habituelle;
- b de recevoir la visite d'un représentant de cet Etat;
- c d'être informée des droits que lui confèrent les alinéas a et b.

4 Les droits énoncés au paragraphe 3 s'exerceront dans le cadre des lois et règlements de la Partie sur le territoire de laquelle se trouve l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction, étant entendu toutefois que ces lois et règlements doivent permettre la pleine réalisation des fins pour lesquelles ces droits sont accordés au paragraphe 3.

5 Les dispositions des paragraphes 3 et 4 de cet article sont sans préjudice du droit de toute Partie ayant établi sa compétence conformément à l'article 14, paragraphes 1.c et 2.d d'inviter le Comité international de la Croix-Rouge à communiquer avec l'auteur présumé de l'infraction et à lui rendre visite.

Article 16**Non-applicabilité de la Convention**

La présente Convention ne s'applique pas lorsque les infractions visées aux articles 5 à 7 et 9 sont commises à l'intérieur d'un seul Etat, lorsque l'auteur présumé est un ressortissant de cet Etat et se trouve sur le territoire de cet Etat, et qu'aucun autre Etat n'a de raison, en vertu du paragraphe 1 ou 2 de l'article 14 de la présente Convention, d'établir sa compétence, étant entendu que les dispositions des articles 17

Artikel 15**Ermittlungspflicht**

(1) Ist eine Vertragspartei unterrichtet worden, dass eine Person, die eine in diesem Übereinkommen genannte Straftat begangen hat oder verdächtigt wird, eine solche begangen zu haben, sich möglicherweise in ihrem Hoheitsgebiet befindet, so trifft sie die nach ihrem innerstaatlichen Recht erforderlichen Maßnahmen, um den Sachverhalt, über den sie unterrichtet wurde, zu untersuchen.

(2) Hat sich die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich der Täter oder Verdächtige befindet, vergewissert, dass die Umstände es rechtfertigen, so trifft sie die geeigneten Maßnahmen nach ihrem innerstaatlichen Recht, um die Anwesenheit dieser Person für die Zwecke der Strafverfolgung oder der Auslieferung sicherzustellen.

(3) Jede Person, gegen welche die in Absatz 2 genannten Maßnahmen getroffen werden, ist berechtigt,

- a) unverzüglich mit dem nächsten zuständigen Vertreter des Staates, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder der anderweitig zum Schutz ihrer Rechte berechtigt ist, oder, wenn sie staatenlos ist, des Staates, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, in Verbindung zu treten;
- b) den Besuch eines Vertreters dieses Staates zu empfangen;
- c) über ihre Rechte nach den Buchstaben a und b unterrichtet zu werden.

(4) Die in Absatz 3 genannten Rechte werden in Übereinstimmung mit den Gesetzen und sonstigen Vorschriften der Vertragspartei ausgeübt, in deren Hoheitsgebiet sich der Täter oder Verdächtige befindet, wobei jedoch diese Gesetze und sonstigen Vorschriften die volle Wirksamkeit der Zwecke gestatten müssen, für welche die Rechte nach Absatz 3 gewährt werden.

(5) Die Absätze 3 und 4 lassen das Recht jeder Vertragspartei, die nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe d Gerichtsbarkeit beanspruchen kann, unberührt, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz einzuladen, mit dem Verdächtigen in Verbindung zu treten und ihn zu besuchen.

Artikel 16**Nichtanwendbarkeit des Übereinkommens**

Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung, wenn eine der nach den Artikeln 5 bis 7 und 9 umschriebenen Straftaten innerhalb eines einzigen Staates begangen wird, der Verdächtige Angehöriger dieses Staates ist und sich im Hoheitsgebiet dieses Staates befindet und kein anderer Staat nach Artikel 14 Absatz 1 oder 2 seine Gerichtsbarkeit begründen kann, wobei in solchen Fällen die jeweils zutreffen-

of this Convention shall, as appropriate, apply in those cases.

et 20 à 22 de la présente Convention, selon qu'il convient, s'appliquent en pareil cas.

den Bestimmungen der Artikel 17 und 20 bis 22 Anwendung finden.

Article 17

International co-operation in criminal matters

1 Parties shall afford one another the greatest measure of assistance in connection with criminal investigations or criminal or extradition proceedings in respect of the offences set forth in Articles 5 to 7 and 9 of this Convention, including assistance in obtaining evidence in their possession necessary for the proceedings.

2 Parties shall carry out their obligations under paragraph 1 in conformity with any treaties or other agreements on mutual legal assistance that may exist between them. In the absence of such treaties or agreements, Parties shall afford one another assistance in accordance with their domestic law.

3 Parties shall co-operate with each other to the fullest extent possible under relevant law, treaties, agreements and arrangements of the requested Party with respect to criminal investigations or proceedings in relation to the offences for which a legal entity may be held liable in accordance with Article 10 of this Convention in the requesting Party.

4 Each Party may give consideration to establishing additional mechanisms to share with other Parties information or evidence needed to establish criminal, civil or administrative liability pursuant to Article 10.

Article 18

Extradite or prosecute

1 The Party in the territory of which the alleged offender is present shall, when it has jurisdiction in accordance with Article 14, if it does not extradite that person, be obliged, without exception whatsoever and whether or not the offence was committed in its territory, to submit the case without undue delay to its competent authorities for the purpose of prosecution, through proceedings in accordance with the laws of that Party. Those authorities shall take their decision in the same manner as in the case of any other offence of a serious nature under the law of that Party.

2 Whenever a Party is permitted under its domestic law to extradite or otherwise surrender one of its nationals only upon the condition that the person will be returned to that Party to serve the sentence imposed as a result of the trial or proceeding for which the extradition or surrender of the person was sought, and this Party and the Party seeking the extradition of the person agree with this option and other terms they may

Article 17

Coopération internationale en matière pénale

1 Les Parties s'accordent l'assistance la plus large possible pour toute enquête, procédure pénale ou procédure d'extradition relatives aux infractions visées aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention, y compris pour l'obtention des éléments de preuve dont elles disposent et qui sont nécessaires aux fins de la procédure.

2 Les Parties s'acquittent des obligations qui leur incombent en vertu du paragraphe 1, en conformité avec tout traité ou accord d'entraide judiciaire qui peut exister entre elles. En l'absence d'un tel traité ou accord, les Parties s'accordent cette entraide en conformité avec leur législation interne.

3 Les Parties coopèrent entre elles aussi largement que possible, autant que les lois, traités, accords et arrangements pertinents de la Partie requise le permettent, lors des enquêtes et procédures pénales concernant des infractions dont une personne morale peut être tenue responsable dans la Partie requérante, conformément à l'article 10 de la présente Convention.

4 Chaque Partie peut envisager d'établir des mécanismes additionnels afin de partager avec d'autres Parties les informations ou les éléments de preuve nécessaires pour établir les responsabilités pénales, civiles ou administratives, comme prévu à l'article 10.

Article 18

Extrader ou poursuivre

1 Dans les cas où elle est compétente en vertu de l'article 14, la Partie sur le territoire de laquelle se trouve l'auteur présumé de l'infraction est tenue, si elle ne l'extrade pas, de soumettre l'affaire, sans retard excessif et sans aucune exception, que l'infraction ait été ou non commise sur son territoire, à ses autorités compétentes pour l'exercice de l'action pénale, selon une procédure conforme à la législation de cette Partie. Ces autorités prennent leur décision dans les mêmes conditions que pour toute autre infraction de caractère grave, conformément aux lois de cette Partie.

2 Chaque fois que, en vertu de sa législation interne, une Partie n'est autorisée à extrader ou à remettre un de ses ressortissants qu'à la condition que l'intéressé lui sera remis pour purger la peine qui lui a été imposée à l'issue du procès ou de la procédure pour lesquels l'extradition ou la remise avait été demandée, et que cette Partie et la Partie requérant l'extradition acceptent cette option et les autres conditions qu'elles

Artikel 17

Internationale Zusammenarbeit in Strafsachen

(1) Die Vertragsparteien gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit strafrechtlichen Ermittlungen sowie Straf- und Auslieferungsverfahren in Bezug auf die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten, einschließlich der Hilfe bei der Beschaffung der sich in ihrem Besitz befindlichen und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel.

(2) Die Vertragsparteien erfüllen ihre Verpflichtungen nach Absatz 1 im Einklang mit den gegebenenfalls zwischen ihnen bestehenden Verträgen oder sonstigen Übereinkünften über die Rechtshilfe. In Ermangelung solcher Verträge oder sonstigen Übereinkünfte gewähren die Vertragsparteien einander Rechtshilfe nach ihrem innerstaatlichen Recht.

(3) Die Vertragsparteien arbeiten untereinander nach Maßgabe des einschlägigen Rechts und der einschlägigen Verträge und sonstigen Übereinkünfte der ersuchten Vertragspartei bei strafrechtlichen Ermittlungen oder Strafverfahren in Bezug auf die Straftaten, für die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eine juristische Person nach Artikel 10 verantwortlich gemacht werden kann, im größtmöglichen Umfang zusammen.

(4) Jede Vertragspartei kann die Schaffung zusätzlicher Mechanismen erwägen, um andere Vertragsparteien an Informationen oder Beweismitteln, die zur Begründung strafrechtlicher, zivilrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Verantwortlichkeit nach Artikel 10 erforderlich sind, teilhaben zu lassen.

Artikel 18

Auslieferung oder Strafverfolgung

(1) Ist die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich der Verdächtige befindet, nach Artikel 14 zuständig, so ist sie, wenn sie ihn nicht ausliefert, verpflichtet, den Fall ohne irgendeine Ausnahme und unabhängig davon, ob die Straftat in ihrem Hoheitsgebiet begangen wurde, ohne unangemessene Verzögerung ihren zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung in einem Verfahren nach ihrem Recht zu unterbreiten. Diese Behörden treffen ihre Entscheidung in der gleichen Weise wie im Fall einer anderen schweren Straftat nach dem Recht dieser Vertragspartei.

(2) Darf eine Vertragspartei nach innerstaatlichem Recht einen Staatsangehörigen nur unter der Bedingung ausliefern oder überstellen, dass die betreffende Person ihr rücküberstellt wird, um die Strafe zu verbüßen, die als Ergebnis des Gerichts- oder anderen Verfahrens verhängt wird, dessentwegen um ihre Auslieferung oder Überstellung ersucht wurde, und sind diese Vertragspartei und die um Auslieferung er-

deem appropriate, such a conditional extradition or surrender shall be sufficient to discharge the obligation set forth in paragraph 1.

Article 19
Extradition

1 The offences set forth in Articles 5 to 7 and 9 of this Convention shall be deemed to be included as extraditable offences in any extradition treaty existing between any of the Parties before the entry into force of this Convention. Parties undertake to include such offences as extraditable offences in every extradition treaty to be subsequently concluded between them.

2 When a Party which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another Party with which it has no extradition treaty, the requested Party may, if it so decides, consider this Convention as a legal basis for extradition in respect of the offences set forth in Articles 5 to 7 and 9 of this Convention. Extradition shall be subject to the other conditions provided by the law of the requested Party.

3 Parties which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall recognise the offences set forth in Articles 5 to 7 and 9 of this Convention as extraditable offences between themselves, subject to the conditions provided by the law of the requested Party.

4 Where necessary, the offences set forth in Articles 5 to 7 and 9 of this Convention shall be treated, for the purposes of extradition between Parties, as if they had been committed not only in the place in which they occurred but also in the territory of the Parties that have established jurisdiction in accordance with Article 14.

5 The provisions of all extradition treaties and agreements concluded between Parties in respect of offences set forth in Articles 5 to 7 and 9 of this Convention shall be deemed to be modified as between Parties to the extent that they are incompatible with this Convention.

Article 20
Exclusion of the
political exception clause

1 None of the offences referred to in Articles 5 to 7 and 9 of this Convention shall be regarded, for the purposes of extradition or mutual legal assistance, as a political offence, an offence connected with a political offence, or as an offence inspired by political motives. Accordingly, a request for extradition or for mutual legal assistance

peuvent juger appropriées, l'extradition ou la remise conditionnelle suffit pour dispenser la Partie requise de l'obligation prévue au paragraphe 1.

Article 19
Extradition

1 Les infractions prévues aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention sont de plein droit considérées comme des cas d'extradition dans tout traité d'extradition conclu entre des Parties avant l'entrée en vigueur de la présente Convention. Les Parties s'engagent à considérer ces infractions comme des cas d'extradition dans tout traité d'extradition à conclure par la suite entre elles.

2 Lorsqu'une Partie qui subordonne l'extradition à l'existence d'un traité est saisie d'une demande d'extradition par une autre Partie avec laquelle elle n'est pas liée par un traité d'extradition, la Partie requise a la latitude de considérer la présente Convention comme constituant la base juridique de l'extradition en ce qui concerne les infractions prévues aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention. L'extradition est subordonnée aux autres conditions prévues par la législation de la Partie requise.

3 Les Parties qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité reconnaissent les infractions prévues aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention comme cas d'extradition entre elles dans les conditions prévues par la législation de la Partie requise.

4 Les infractions prévues aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention sont, le cas échéant, considérées aux fins d'extradition entre des Parties comme ayant été commises non seulement sur le lieu de leur perpétration, mais aussi sur le territoire des Parties ayant établi leur compétence conformément à l'article 14.

5 Les dispositions de tous les traités et accords d'extradition conclus entre des Parties relatives aux infractions visées aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention sont réputées être modifiées entre les Parties dans la mesure où elles sont incompatibles avec la présente Convention.

Article 20
Exclusion de la
clause d'exception politique

1 Aucune des infractions mentionnées aux articles 5 à 7 et 9 de la présente Convention ne sera considérée, pour les besoins de l'extradition ou de l'entraide judiciaire, comme une infraction politique ou comme une infraction connexe à une infraction politique, ou comme une infraction inspirée par des mobiles politiques.

suchende Vertragspartei mit dieser Vorgehensweise und etwaigen anderen Bedingungen, die sie für zweckmäßig erachten, einverstanden, so entbindet diese bedingte Auslieferung oder Überstellung von der in Absatz 1 genannten Verpflichtung.

Artikel 19
Auslieferung

(1) Die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten gelten als in jeden zwischen Vertragsparteien vor dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene der Auslieferung unterliegende Straftaten. Die Vertragsparteien verpflichten sich, diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten in jeden künftig zwischen ihnen zu schließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

(2) Erhält eine Vertragspartei, welche die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsgesuchen von einer anderen Vertragspartei, mit der sie keinen Auslieferungsvertrag hat, so steht es der ersuchten Vertragspartei frei, dieses Übereinkommen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in Bezug auf die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten anzusehen. Die Auslieferung unterliegt im Übrigen den im Recht der ersuchten Vertragspartei vorgesehenen Bedingungen.

(3) Vertragsparteien, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten vorbehaltlich der im Recht der ersuchten Vertragspartei vorgesehenen Bedingungen an.

(4) Die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten werden für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsparteien nötigenfalls so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien begangen worden, die nach Artikel 14 ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.

(5) Die Bestimmungen aller Auslieferungsverträge und sonstigen Übereinkünfte über Auslieferung zwischen den Vertragsparteien gelten hinsichtlich der in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten als im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien geändert, soweit sie mit diesem Übereinkommen unvereinbar sind.

Artikel 20
Ausschluss
der Ausnahmeregelung
für politische Straftaten

(1) Für die Zwecke der Auslieferung oder der Rechtshilfe wird keine der in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten als politische Straftat, als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat angesehen. Folglich darf ein Ersuchen um Auslieferung oder Rechts-

based on such an offence may not be refused on the sole ground that it concerns a political offence or an offence connected with a political offence or an offence inspired by political motives.

2 Without prejudice to the application of Articles 19 to 23 of the Vienna Convention on the Law of Treaties of 23 May 1969 to the other Articles of this Convention, any State or the European Community may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession of the Convention, declare that it reserves the right to not apply paragraph 1 of this Article as far as extradition in respect of an offence set forth in this Convention is concerned. The Party undertakes to apply this reservation on a case-by-case basis, through a duly reasoned decision.

3 Any Party may wholly or partly withdraw a reservation it has made in accordance with paragraph 2 by means of a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe which shall become effective as from the date of its receipt.

4 A Party which has made a reservation in accordance with paragraph 2 of this Article may not claim the application of paragraph 1 of this Article by any other Party; it may, however, if its reservation is partial or conditional, claim the application of this article in so far as it has itself accepted it.

5 The reservation shall be valid for a period of three years from the day of the entry into force of this Convention in respect of the Party concerned. However, such reservation may be renewed for periods of the same duration.

6 Twelve months before the date of expiry of the reservation, the Secretary General of the Council of Europe shall give notice of that expiry to the Party concerned. No later than three months before expiry, the Party shall notify the Secretary General of the Council of Europe that it is upholding, amending or withdrawing its reservation. Where a Party notifies the Secretary General of the Council of Europe that it is upholding its reservation, it shall provide an explanation of the grounds justifying its continuance. In the absence of notification by the Party concerned, the Secretary General of the Council of Europe shall inform that Party that its reservation is considered to have been extended automatically for a period of six months. Failure by the Party concerned to notify its intention to uphold or modify its reservation before the expiry of that period shall cause the reservation to lapse.

7 Where a Party does not extradite a person in application of this reservation, after receiving an extradition request from an

De ce fait, une demande d'extradition ou d'entraide judiciaire basée sur une telle infraction ne pourra être refusée au seul motif que cela concerne une infraction politique ou une infraction connexe à une infraction politique ou une infraction inspirée par des mobiles politiques.

2 Sans préjudice de l'application des articles 19 à 23 de la Convention de Vienne sur le droit des traités du 23 mai 1969 aux autres articles de la présente Convention, tout Etat ou la Communauté européenne peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion à la Convention, déclarer qu'il/elle se réserve le droit de ne pas appliquer le paragraphe 1 de cet article en ce qui concerne l'extradition pour toute infraction mentionnée dans la présente Convention. La Partie s'engage à appliquer cette réserve au cas par cas, sur la base d'une décision dûment motivée.

3 Toute Partie peut retirer en tout ou en partie une réserve formulée par elle en vertu du paragraphe 2, au moyen d'une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et qui prendra effet à la date de sa réception.

4 Une Partie qui a formulé une réserve en vertu du paragraphe 2 de cet article ne peut prétendre à l'application du paragraphe 1 de cet article par une autre Partie; toutefois, elle peut, si la réserve est partielle ou conditionnelle, prétendre à l'application de cet article dans la mesure où elle l'a elle-même accepté.

5 Les réserves formulées sont valables pour une période de trois ans à compter du premier jour de l'entrée en vigueur de la présente Convention pour la Partie concernée. Toutefois, ces réserves peuvent être renouvelées pour des périodes de la même durée.

6 Douze mois avant l'expiration de la réserve, le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe informe la Partie concernée de cette expiration. Trois mois avant la date d'expiration, la Partie notifie au Secrétaire Général son intention de maintenir, de modifier ou de retirer la réserve. Lorsqu'une Partie notifie au Secrétaire Général qu'elle maintient sa réserve, elle fournit des explications quant aux motifs justifiant son maintien. En l'absence de notification par la Partie concernée, le Secrétaire Général informe cette Partie que sa réserve est automatiquement prolongée pour une période de six mois. Si la Partie concernée ne notifie pas sa décision de maintenir ou de modifier ses réserves avant l'expiration de cette période, la réserve devient caduque.

7 Chaque fois qu'une Partie décide de ne pas extraditer une personne en vertu de l'application de cette réserve, après avoir

hilfe, das auf einer solchen Straftat beruht, nicht allein mit der Begründung abgelehnt werden, dass es sich um eine politische Straftat, um eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder um eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat handle.

(2) Unbeschadet der Anwendbarkeit der Artikel 19 bis 23 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge auf die anderen Artikel dieses Übereinkommens kann jeder Staat oder die Europäische Gemeinschaft bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Übereinkommen erklären, dass er oder sie sich das Recht vorbehält, Absatz 1 nicht anzuwenden, sofern es sich um eine Auslieferung wegen einer in diesem Übereinkommen genannten Straftat handelt. Die Vertragspartei verpflichtet sich, diesen Vorbehalt im Einzelfall auf der Grundlage einer gebührend begründeten Entscheidung anzuwenden.

(3) Eine Vertragspartei kann einen Vorbehalt, den sie nach Absatz 2 angebracht hat, durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung ganz oder teilweise zurücknehmen; die Erklärung wird mit ihrem Eingang wirksam.

(4) Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach Absatz 2 angebracht hat, kann nicht verlangen, dass eine andere Vertragspartei Absatz 1 anwendet; sie kann jedoch, wenn es sich um einen Teilvorbehalt oder einen bedingten Vorbehalt handelt, die Anwendung dieses Artikels insoweit verlangen, als sie selbst ihn angenommen hat.

(5) Der Vorbehalt ist vom Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens für die betreffende Vertragspartei an für einen Zeitabschnitt von drei Jahren gültig. Der Vorbehalt kann jedoch für Zeitabschnitte derselben Dauer erneuert werden.

(6) Zwölf Monate vor Erlöschen des Vorbehalts unterrichtet der Generalsekretär des Europarats die betreffende Vertragspartei über dieses Erlöschen. Spätestens drei Monate vor dem Erlöschen notifiziert die Vertragspartei dem Generalsekretär des Europarats ihre Absicht, den Vorbehalt aufrechtzuerhalten, zu ändern oder zurückzunehmen. Notifiziert eine Vertragspartei dem Generalsekretär des Europarats, dass sie ihren Vorbehalt aufrechterhält, so erläutert sie die Gründe für die Aufrechterhaltung. In Ermangelung einer Notifikation der betreffenden Vertragspartei teilt der Generalsekretär des Europarats dieser Vertragspartei mit, dass ihr Vorbehalt automatisch um sechs Monate verlängert wird. Notifiziert die betreffende Vertragspartei ihre Entscheidung, ihren Vorbehalt aufrechtzuerhalten oder zu ändern, nicht vor Ablauf dieses Zeitabschnitts, so erlischt der Vorbehalt.

(7) Liefert eine Vertragspartei, nachdem sie ein Auslieferungsersuchen einer anderen Vertragspartei erhalten hat, eine Person

other Party, it shall submit the case, without exception whatsoever and without undue delay, to its competent authorities for the purpose of prosecution, unless the requesting Party and the requested Party agree otherwise. The competent authorities, for the purpose of prosecution in the requested Party, shall take their decision in the same manner as in the case of any offence of a grave nature under the law of that Party. The requested Party shall communicate, without undue delay, the final outcome of the proceedings to the requesting Party and to the Secretary General of the Council of Europe, who shall forward it to the Consultation of the Parties provided for in Article 30.

8 The decision to refuse the extradition request on the basis of this reservation shall be forwarded promptly to the requesting Party. If within a reasonable time no judicial decision on the merits has been taken in the requested Party according to paragraph 7, the requesting Party may communicate this fact to the Secretary General of the Council of Europe, who shall submit the matter to the Consultation of the Parties provided for in Article 30. This Consultation shall consider the matter and issue an opinion on the conformity of the refusal with the Convention and shall submit it to the Committee of Ministers for the purpose of issuing a declaration thereon. When performing its functions under this paragraph, the Committee of Ministers shall meet in its composition restricted to the States Parties.

Article 21

Discrimination clause

1 Nothing in this Convention shall be interpreted as imposing an obligation to extradite or to afford mutual legal assistance, if the requested Party has substantial grounds for believing that the request for extradition for offences set forth in Articles 5 to 7 and 9 or for mutual legal assistance with respect to such offences has been made for the purpose of prosecuting or punishing a person on account of that person's race, religion, nationality, ethnic origin or political opinion or that compliance with the request would cause prejudice to that person's position for any of these reasons.

2 Nothing in this Convention shall be interpreted as imposing an obligation to extradite if the person who is the subject of the extradition request risks being exposed to torture or to inhuman or degrading treatment or punishment.

3 Nothing in this Convention shall be interpreted either as imposing an obligation

reçu une demande d'extradition d'une autre Partie, elle soumet l'affaire, sans exception aucune et sans retard injustifié, à ses autorités compétentes en vue de poursuites, sauf si d'autres dispositions ont été convenues entre la Partie requérante et la Partie requise. Les autorités compétentes, en vue des poursuites dans la Partie requise, prennent leur décision dans les mêmes conditions que pour toute infraction de caractère grave, conformément aux lois de cette Partie. La Partie requise communique sans retard injustifié l'issue finale des poursuites à la Partie requérante et au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, qui la communique à la Consultation des Parties prévue à l'article 30.

8 La décision de refus de la demande d'extradition en vertu de cette réserve est communiquée aussitôt à la Partie requérante. Si aucune décision judiciaire sur le fond n'est prise dans la Partie requise en vertu du paragraphe 7 dans un délai raisonnable, la Partie requérante peut en informer le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe qui soumet la question à la Consultation des Parties prévue à l'article 30. Cette Consultation examine la question, émet un avis sur la conformité du refus avec les dispositions de la Convention et le soumet au Comité des Ministres afin qu'il adopte une déclaration en la matière. Lorsqu'il exerce ses fonctions en vertu de ce paragraphe, le Comité des Ministres se réunit dans sa composition restreinte aux Etats Parties.

Article 21

Clause de discrimination

1 Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme impliquant une obligation d'extrader ou d'accorder l'entraide judiciaire, si la Partie requise a des raisons sérieuses de croire que la demande d'extradition motivée par une infraction visée aux articles 5 à 7 et 9 ou d'entraide judiciaire eu égard à de telles infractions a été présentée aux fins de poursuivre ou de punir une personne pour des considérations de race, de religion, de nationalité, d'origine ethnique ou d'opinions politiques, ou que la situation de cette personne risque d'être aggravée pour l'une ou l'autre de ces raisons.

2 Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme impliquant une obligation d'extrader si la personne faisant l'objet de la demande d'extradition risque d'être exposée à la torture ou à des peines ou traitements inhumains ou dégradants.

3 Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme

in Anwendung dieses Vorbehalts nicht aus, so unterbreitet sie den Fall ohne jede Ausnahme und ohne unangemessene Verzögerung ihren zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung, sofern zwischen der ersuchenden Vertragspartei und der ersuchten Vertragspartei nichts anderes vereinbart wird. Die zuständigen Behörden treffen zum Zweck der Strafverfolgung im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei ihre Entscheidung in der gleichen Weise wie im Fall einer schweren Straftat nach dem Recht dieses Staates. Die ersuchte Vertragspartei unterrichtet die ersuchende Vertragspartei und den Generalsekretär des Europarats ohne unangemessene Verzögerung über den Ausgang des Verfahrens; der Generalsekretär teilt den Ausgang des Verfahrens der in Artikel 30 vorgesehenen Konsultationsrunde der Vertragsparteien mit.

(8) Die Entscheidung, das Auslieferungsersuchen auf der Grundlage dieses Vorbehalts abzulehnen, wird der ersuchenden Vertragspartei umgehend mitgeteilt. Ergibt im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei innerhalb einer angemessenen Frist keine gerichtliche Entscheidung in der Sache nach Absatz 7, so kann die ersuchende Vertragspartei dies dem Generalsekretär des Europarats mitteilen; dieser unterbreitet die Angelegenheit der in Artikel 30 vorgesehenen Konsultationsrunde der Vertragsparteien. Die Konsultationsrunde prüft die Angelegenheit und nimmt zu der Frage Stellung, ob die Ablehnung mit dem Übereinkommen in Einklang steht; diese Stellungnahme legt sie dem Ministerkomitee im Hinblick auf die Abgabe einer entsprechenden Erklärung vor. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Absatz tagt das Ministerkomitee in seiner auf die Vertragsstaaten begrenzten Zusammensetzung.

Artikel 21

Diskriminierungsklausel

(1) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als enthalte es eine Verpflichtung zur Auslieferung oder Rechtshilfe, wenn die ersuchte Vertragspartei ernsthafte Gründe für die Annahme hat, dass das Auslieferungsersuchen wegen in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannter Straftaten oder das Ersuchen um Rechtshilfe in Bezug auf solche Straftaten gestellt worden ist, um eine Person wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer politischen Anschauungen zu verfolgen oder zu bestrafen, oder dass die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte, wenn dem Ersuchen stattgegeben würde.

(2) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als enthalte es eine Verpflichtung zur Auslieferung, wenn der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, Folter oder eine unmenschliche oder erniedrigende Strafe oder Behandlung droht.

(3) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als enthalte es eine Verpflichtung

to extradite if the person who is the subject of the extradition request risks being exposed to the death penalty or, where the law of the requested Party does not allow for life imprisonment, to life imprisonment without the possibility of parole, unless under applicable extradition treaties the requested Party is under the obligation to extradite if the requesting Party gives such assurance as the requested Party considers sufficient that the death penalty will not be imposed or, where imposed, will not be carried out, or that the person concerned will not be subject to life imprisonment without the possibility of parole.

Article 22

Spontaneous information

1 Without prejudice to their own investigations or proceedings, the competent authorities of a Party may, without prior request, forward to the competent authorities of another Party information obtained within the framework of their own investigations, when they consider that the disclosure of such information might assist the Party receiving the information in initiating or carrying out investigations or proceedings, or might lead to a request by that Party under this Convention.

2 The Party providing the information may, pursuant to its national law, impose conditions on the use of such information by the Party receiving the information.

3 The Party receiving the information shall be bound by those conditions.

4 However, any Party may, at any time, by means of a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, declare that it reserves the right not to be bound by the conditions imposed by the Party providing the information under paragraph 2 above, unless it receives prior notice of the nature of the information to be provided and agrees to its transmission.

Article 23

Signature and entry into force

1 This Convention shall be open for signature by the member States of the Council of Europe, the European Community and by non-member States which have participated in its elaboration.

2 This Convention is subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall

impliquant une obligation d'extrader si la personne faisant l'objet de la demande d'extradition risque d'être exposée à la peine de mort ou, lorsque la loi de la Partie requise ne permet pas la peine privative de liberté à perpétuité, à la peine privative de liberté à perpétuité sans possibilité de remise de peine, à moins que la Partie requise ait l'obligation d'extrader conformément aux traités d'extradition applicables, si la Partie requérante donne des assurances jugées suffisantes par la Partie requise que la peine capitale ne sera pas prononcée ou, si elle est prononcée, qu'elle ne sera pas exécutée, ou que la personne concernée ne sera pas soumise à une peine privative de liberté à perpétuité sans possibilité de remise de peine.

Article 22

Information spontanée

1 Sans préjudice de leurs propres investigations ou procédures, les autorités compétentes d'une Partie peuvent, sans demande préalable, transmettre aux autorités compétentes d'une autre Partie des informations recueillies dans le cadre de leur propre enquête lorsqu'elles estiment que la communication de ces informations pourrait aider la Partie qui reçoit les informations à engager ou à mener à bien des investigations ou des procédures, ou lorsque ces informations pourraient aboutir à une demande formulée par cette Partie en vertu de la présente Convention.

2 La Partie qui fournit les informations peut, conformément à son droit national, soumettre à certaines conditions leur utilisation par la Partie qui les reçoit.

3 La Partie qui reçoit les informations est tenue de respecter ces conditions.

4 Toutefois, toute Partie peut, à tout moment, par une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, déclarer qu'elle se réserve le droit de ne pas se soumettre aux conditions imposées en vertu des dispositions du paragraphe 2 du présent article par la Partie qui fournit l'information, à moins qu'elle ne soit avisée au préalable de la nature de l'information à fournir et qu'elle accepte que cette dernière lui soit transmise.

Article 23

Signature et entrée en vigueur

1 La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe, de la Communauté européenne et des Etats non membres qui ont participé à son élaboration.

2 La présente Convention est soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'accepta-

tion zur Auslieferung, wenn der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, die Todesstrafe oder, falls die Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei keine lebenslange Freiheitsstrafe vorsehen, eine lebenslange Freiheitsstrafe ohne die Möglichkeit der vorzeitigen Freilassung auf Bewährung droht, es sei denn, dass die ersuchte Vertragspartei nach den anwendbaren Auslieferungsverträgen zur Auslieferung verpflichtet ist, wenn die ersuchende Vertragspartei eine von der ersuchten Vertragspartei als hinreichend erachtete Zusicherung abgibt, dass die Todesstrafe nicht verhängt oder, sollte sie verhängt werden, nicht vollstreckt wird oder dass gegen den Verfolgten keine lebenslange Freiheitsstrafe ohne die Möglichkeit der vorzeitigen Freilassung auf Bewährung verhängt wird.

Artikel 22

Unaufgeforderte Übermittlung von Informationen

(1) Unbeschadet ihrer eigenen Ermittlungen oder Verfahren können die zuständigen Behörden einer Vertragspartei ohne vorheriges Ersuchen den zuständigen Behörden einer anderen Vertragspartei Informationen übermitteln, die sie im Rahmen ihrer eigenen Ermittlungen gewonnen haben, wenn sie der Auffassung sind, dass die Übermittlung dieser Informationen der Vertragspartei, welche die Informationen empfängt, bei der Einleitung oder Durchführung von Ermittlungen oder Verfahren helfen oder dazu führen könnte, dass diese Vertragspartei ein Ersuchen nach diesem Übereinkommen stellt.

(2) Die Vertragspartei, welche die Informationen zur Verfügung stellt, kann nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts Bedingungen für die Verwendung dieser Informationen durch die Vertragspartei, welche die Informationen empfängt, festlegen.

(3) Die Vertragspartei, welche die Informationen empfängt, ist an diese Bedingungen gebunden.

(4) Jede Vertragspartei kann jedoch jederzeit durch eine Erklärung, die an den Generalsekretär des Europarats gerichtet wird, erklären, dass sie sich das Recht vorbehält, nicht an die Bedingungen gebunden zu sein, die nach Absatz 2 von der Vertragspartei, welche die Informationen zur Verfügung stellt, festgelegt worden sind, sofern sie nicht zuvor über die Art dieser Informationen unterrichtet worden ist und deren Übermittlung zustimmt.

Artikel 23

Unterzeichnung und Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, für die Europäische Gemeinschaft und für Nichtmitgliedstaaten, die sich an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt haben, zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Geneh-

be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

3 This Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date on which six Signatories, including at least four member States of the Council of Europe, have expressed their consent to be bound by the Convention in accordance with the provisions of paragraph 2.

4 In respect of any Signatory which subsequently expresses its consent to be bound by it, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of the expression of its consent to be bound by the Convention in accordance with the provisions of paragraph 2.

Article 24

Accession to the Convention

1 After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe, after consulting with and obtaining the unanimous consent of the Parties to the Convention, may invite any State which is not a member of the Council of Europe and which has not participated in its elaboration to accede to this convention. The decision shall be taken by the majority provided for in Article 20.d of the Statute of the Council of Europe and by the unanimous vote of the representatives of the Parties entitled to sit on the Committee of Ministers.

2 In respect of any State acceding to the convention under paragraph 1 above, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of deposit of the instrument of accession with the Secretary General of the Council of Europe.

Article 25

Territorial application

1 Any State or the European Community may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2 Any Party may, at any later date, by a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend the application of this Convention to any other territory specified in the declaration. In respect of such territory the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of the declaration by the Secretary General.

3 Any declaration made under the two preceding paragraphs may, in respect of

tion ou d'approbation sont déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

3 La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date à laquelle six Signataires, dont au moins quatre Etats membres du Conseil de l'Europe, auront exprimé leur consentement à être liés par la présente Convention, conformément aux dispositions du paragraphe 2.

4 Pour tout Signataire qui exprimera ultérieurement son consentement à être lié par la présente Convention, celle-ci entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de l'expression de son consentement à être lié par la présente Convention, conformément aux dispositions du paragraphe 2.

Article 24

Adhésion à la Convention

1 Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe peut, après avoir consulté les Parties à la présente Convention et en avoir obtenu l'assentiment unanime, inviter tout Etat non membre du Conseil de l'Europe n'ayant pas participé à son élaboration à adhérer à la présente Convention. La décision est prise à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe et à l'unanimité des représentants des Parties ayant le droit de siéger au Comité des Ministres.

2 Pour tout Etat adhérent à la Convention conformément au paragraphe 1 ci-dessus, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 25

Application territoriale

1 Tout Etat ou la Communauté européenne peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2 Toute Partie peut, à tout autre moment par la suite, par une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, étendre l'application de la présente Convention à tout autre territoire désigné dans la déclaration. La Convention entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la déclaration par le Secrétaire Général.

3 Toute déclaration faite en application des deux paragraphes précédents peut être

mitigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(3) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem sechs Unterzeichner, darunter mindestens vier Mitgliedstaaten des Europarats, nach Absatz 2 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(4) Für jeden Unterzeichner, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem er nach Absatz 2 seine Zustimmung ausgedrückt hat, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

Artikel 24

Beitritt zum Übereinkommen

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats nach Konsultation der Vertragsparteien des Übereinkommens und mit deren einhelliger Zustimmung jeden Staat, der nicht Mitglied des Europarats ist und der sich nicht an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt hat, einladen, dem Übereinkommen beizutreten. Der Beschluss wird mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarats vorgesehenen Mehrheit und mit einhelliger Zustimmung der Vertreter der Vertragsparteien, die Anspruch auf einen Sitz im Ministerkomitee haben, gefasst.

(2) Für jeden Staat, der dem Übereinkommen nach Absatz 1 beitrifft, tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

Artikel 25

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Jeder Staat oder die Europäische Gemeinschaft kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jede Vertragspartei kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.

(3) Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in Bezug auf je-

any territory specified in such declaration, be withdrawn by a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. The withdrawal shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of such notification by the Secretary General.

Article 26

Effects of the Convention

1 The present Convention supplements applicable multilateral or bilateral treaties or agreements between the Parties, including the provisions of the following Council of Europe treaties:

- European Convention on Extradition, opened for signature, in Paris, on 13 December 1957 (ETS No. 24);
- European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters, opened for signature, in Strasbourg, on 20 April 1959 (ETS No. 30);
- European Convention on the Suppression of Terrorism, opened for signature, in Strasbourg, on 27 January 1977 (ETS No. 90);
- Additional Protocol to the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters, opened for signature in Strasbourg on 17 March 1978 (ETS No. 99);
- Second Additional Protocol to the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters, opened for signature in Strasbourg on 8 November 2001 (ETS No. 182);
- Protocol amending the European Convention on the Suppression of Terrorism, opened for signature in Strasbourg on 15 May 2003 (ETS No. 190).

2 If two or more Parties have already concluded an agreement or treaty on the matters dealt with in this Convention or have otherwise established their relations on such matters, or should they in future do so, they shall also be entitled to apply that agreement or treaty or to regulate those relations accordingly. However, where Parties establish their relations in respect of the matters dealt with in the present Convention other than as regulated therein, they shall do so in a manner that is not inconsistent with the Convention's objectives and principles.

3 Parties which are members of the European Union shall, in their mutual relations, apply Community and European Union rules in so far as there are Community or European Union rules governing the particular subject concerned and applicable to the specific case, without prejudice to the object and purpose of the present Convention and without prejudice to its full application with other Parties.

retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de ladite notification par le Secrétaire Général.

Article 26

Effets de la Convention

1 L'objet de la présente Convention est de compléter les traités ou accords multilatéraux ou bilatéraux applicables existant entre les Parties, y compris les dispositions des traités du Conseil de l'Europe suivants:

- Convention européenne d'extradition, ouverte à la signature, à Paris, le 13 décembre 1957 (STE n° 24);
- Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale, ouverte à la signature, à Strasbourg, le 20 avril 1959 (STE n° 30);
- Convention européenne pour la répression du terrorisme, ouverte à la signature, à Strasbourg, le 27 janvier 1977 (STE n° 90);
- Protocole additionnel à la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale, ouvert à la signature, à Strasbourg, le 17 mars 1978 (STE n° 99);
- Deuxième Protocole additionnel à la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale, ouvert à la signature, à Strasbourg, le 8 novembre 2001 (STE n° 182);
- Protocole portant amendement à la Convention européenne pour la répression du terrorisme, ouvert à la signature, à Strasbourg, le 15 mai 2003 (STE n° 190).

2 Si deux ou plus de deux Parties ont déjà conclu un accord ou un traité relatif aux matières traitées par la présente Convention, ou si elles ont autrement établi leurs relations sur ces sujets, ou si elles le feront à l'avenir, elles ont aussi la faculté d'appliquer ledit accord ou traité, ou d'établir leurs relations en conséquence. Toutefois, lorsque les Parties établiront leurs relations concernant les matières faisant l'objet de la présente Convention d'une manière différente de celle prévue, elles le feront d'une manière qui ne soit pas incompatible avec les objectifs et principes de la Convention.

3 Les Parties qui sont membres de l'Union européenne appliquent, dans leurs relations mutuelles, les règles de la Communauté et de l'Union européenne dans la mesure où il existe des règles de la Communauté ou de l'Union européenne régissant le sujet particulier concerné et applicable au cas d'espèce, sans préjudice de l'objet et du but de la présente Convention et sans préjudice de son entière application

des darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 26

Wirkungen des Übereinkommens

(1) Dieses Übereinkommen ergänzt die zwischen den Vertragsparteien anwendbaren zwei- oder mehrseitigen Verträge oder sonstigen Übereinkünfte, einschließlich der folgenden Verträge des Europarats:

- Europäisches Auslieferungsübereinkommen, am 13. Dezember 1957 in Paris zur Unterzeichnung aufgelegt (SEV Nr. 24);
- Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen, am 20. April 1959 in Straßburg zur Unterzeichnung aufgelegt (SEV Nr. 30);
- Europäisches Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus, am 27. Januar 1977 in Straßburg zur Unterzeichnung aufgelegt (SEV Nr. 90);
- Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen, am 17. März 1978 in Straßburg zur Unterzeichnung aufgelegt (SEV Nr. 99);
- Zweites Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen, am 8. November 2001 in Straßburg zur Unterzeichnung aufgelegt (SEV Nr. 182);
- Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus, am 15. Mai 2003 in Straßburg zur Unterzeichnung aufgelegt (SEV Nr. 190).

(2) Haben zwei oder mehr Vertragsparteien bereits eine Übereinkunft oder einen Vertrag über Fragen geschlossen, die in diesem Übereinkommen geregelt sind, oder haben sie ihre Beziehungen in diesen Fragen anderweitig geregelt oder sollten sie dies in Zukunft tun, so sind sie auch berechtigt, die Übereinkunft oder den Vertrag oder die entsprechenden Regelungen anzuwenden. Regeln Vertragsparteien ihre Beziehungen in den in diesem Übereinkommen geregelten Fragen jedoch anders als hierin vorgesehen, so tun sie dies in einer Weise, die zu den Zielen und Grundsätzen des Übereinkommens nicht in Widerspruch steht.

(3) Unbeschadet des Ziels und Zwecks dieses Übereinkommens und seiner uneingeschränkten Anwendung gegenüber anderen Vertragsparteien wenden Vertragsparteien, die Mitglieder der Europäischen Union sind, in ihren Beziehungen untereinander die Vorschriften der Gemeinschaft und der Europäischen Union an, soweit es für die betreffende Frage Vorschriften der Gemeinschaft und der Europäischen Union

4 Nothing in this Convention shall affect other rights, obligations and responsibilities of a Party and individuals under international law, including international humanitarian law.

5 The activities of armed forces during an armed conflict, as those terms are understood under international humanitarian law, which are governed by that law, are not governed by this Convention, and the activities undertaken by military forces of a Party in the exercise of their official duties, inasmuch as they are governed by other rules of international law, are not governed by this Convention.

Article 27

Amendments to the Convention

1 Amendments to this Convention may be proposed by any Party, the Committee of Ministers of the Council of Europe or the Consultation of the Parties.

2 Any proposal for amendment shall be communicated by the Secretary General of the Council of Europe to the Parties.

3 Moreover, any amendment proposed by a Party or the Committee of Ministers shall be communicated to the Consultation of the Parties, which shall submit to the Committee of Ministers its opinion on the proposed amendment.

4 The Committee of Ministers shall consider the proposed amendment and any opinion submitted by the Consultation of the Parties and may approve the amendment.

5 The text of any amendment approved by the Committee of Ministers in accordance with paragraph 4 shall be forwarded to the Parties for acceptance.

6 Any amendment approved in accordance with paragraph 4 shall come into force on the thirtieth day after all Parties have informed the Secretary General of their acceptance thereof.

Article 28

Revision of the Appendix

1 In order to update the list of treaties in the Appendix, amendments may be proposed by any Party or by the Committee of Ministers. These proposals for amendment shall only concern universal treaties concluded within the United Nations system dealing specifically with international terrorism and having entered into force. They shall be communicated by the Secretary General of the Council of Europe to the Parties.

2 After having consulted the non-member Parties, the Committee of Ministers may

à l'égard des autres Parties.

4 Aucune disposition de la présente Convention n'affecte d'autres droits, obligations et responsabilités d'une Partie et des individus découlant du droit international, y compris le droit international humanitaire.

5 Les activités des forces armées en période de conflit armé, au sens donné à ces termes en droit international humanitaire, qui sont régies par ce droit ne sont pas régies par la présente Convention, et les activités menées par les forces armées d'une Partie dans l'exercice de leurs fonctions officielles, dans la mesure où elles sont régies par d'autres règles de droit international, ne sont elles non plus régies par la présente Convention.

Article 27

Amendements à la Convention

1 Des amendements à la présente Convention peuvent être proposés par une Partie, par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe ou par la Consultation des Parties.

2 Toute proposition d'amendement est communiquée par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe aux Parties.

3 En outre, tout amendement proposé par une Partie ou par le Comité des Ministres est communiqué à la Consultation des Parties, qui soumet au Comité des Ministres son avis sur l'amendement proposé.

4 Le Comité des Ministres examine l'amendement proposé et tout avis soumis par la Consultation des Parties et peut approuver l'amendement.

5 Le texte de tout amendement approuvé par le Comité des Ministres conformément au paragraphe 4 est transmis aux Parties pour acceptation.

6 Tout amendement approuvé conformément au paragraphe 4 entrera en vigueur le trentième jour après que toutes les Parties auront informé le Secrétaire Général qu'elles l'ont accepté.

Article 28

Révision de l'annexe

1 Afin d'actualiser la liste des traités en annexe, des amendements peuvent être proposés par toute Partie ou par le Comité des Ministres. Ces propositions d'amendement ne peuvent concerner que des traités universels conclus au sein du système des Nations Unies, portant spécifiquement sur le terrorisme international et entrés en vigueur. Elles seront communiquées par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe aux Parties.

2 Après avoir consulté les Parties non membres, le Comité des Ministres peut

gibt und diese auf den konkreten Fall anwendbar sind.

(4) Dieses Übereinkommen lässt andere Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die sich für eine Vertragspartei und für Einzelpersonen aus dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, ergeben, unberührt.

(5) Die Tätigkeiten von Streitkräften während eines bewaffneten Konflikts im Sinne des humanitären Völkerrechts, die von jenem Recht erfasst werden, sind von diesem Übereinkommen nicht erfasst; die Tätigkeiten, die Streitkräfte einer Vertragspartei in Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten ausüben, sind von diesem Übereinkommen ebenfalls nicht erfasst, soweit sie von anderen Regeln des Völkerrechts erfasst sind.

Artikel 27

Änderungen des Übereinkommens

(1) Jede Vertragspartei, das Ministerkomitee des Europarats oder die Konsultationsrunde der Vertragsparteien kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen.

(2) Alle Änderungsvorschläge werden den Vertragsparteien vom Generalsekretär des Europarats übermittelt.

(3) Jede von einer Vertragspartei oder vom Ministerkomitee vorgeschlagene Änderung wird außerdem der Konsultationsrunde der Vertragsparteien übermittelt; diese legt dem Ministerkomitee ihre Stellungnahme zu dem Änderungsvorschlag vor.

(4) Das Ministerkomitee prüft den Änderungsvorschlag und jede von der Konsultationsrunde der Vertragsparteien vorgelegte Stellungnahme und kann die Änderung genehmigen.

(5) Der Wortlaut jeder vom Ministerkomitee nach Absatz 4 genehmigten Änderung wird den Vertragsparteien zur Annahme übermittelt.

(6) Jede nach Absatz 4 genehmigte Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem alle Vertragsparteien dem Generalsekretär mitgeteilt haben, dass sie sie angenommen haben.

Artikel 28

Überarbeitung des Anhangs

(1) Zur Aktualisierung der Vertragsliste im Anhang kann jede Vertragspartei oder das Ministerkomitee Änderungen vorschlagen. Diese Änderungsvorschläge können nur Verträge mit universeller Geltung betreffen, die im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen geschlossen wurden, sich eigens mit dem internationalen Terrorismus befassen und in Kraft getreten sind. Die Änderungsvorschläge werden den Vertragsparteien vom Generalsekretär des Europarats übermittelt.

(2) Das Ministerkomitee kann, nachdem es die Vertragsparteien, die nicht Mitglieder

adopt a proposed amendment by the majority provided for in Article 20.d of the Statute of the Council of Europe. The amendment shall enter into force following the expiry of a period of one year after the date on which it has been forwarded to the Parties. During this period, any Party may notify the Secretary General of the Council of Europe of any objection to the entry into force of the amendment in respect of that Party.

3 If one third of the Parties notifies the Secretary General of the Council of Europe of an objection to the entry into force of the amendment, the amendment shall not enter into force.

4 If less than one third of the Parties notifies an objection, the amendment shall enter into force for those Parties which have not notified an objection.

5 Once an amendment has entered into force in accordance with paragraph 2 and a Party has notified an objection to it, this amendment shall come into force in respect of the Party concerned on the first day of the month following the date on which it notifies the Secretary General of the Council of Europe of its acceptance.

adopter un amendement proposé à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe. Cet amendement entrera en vigueur à l'expiration d'une période d'un an à compter de la date à laquelle il a été transmis aux Parties. Pendant ce délai, toute Partie pourra notifier au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe une objection à l'entrée en vigueur de l'amendement à son égard.

3 Si un tiers des Parties a notifié au Secrétaire Général une objection à l'entrée en vigueur de l'amendement, ce dernier n'entrera pas en vigueur.

4 Si moins d'un tiers des Parties a notifié une objection, l'amendement entrera en vigueur pour les Parties qui n'ont pas formulé d'objection.

5 Lorsqu'un amendement est entré en vigueur conformément au paragraphe 2 et qu'une Partie a formulé une objection à cet amendement, ce dernier entrera en vigueur dans cette Partie le premier jour du mois suivant la date à laquelle elle aura notifié son acceptation au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

sind, konsultiert hat, einen Änderungsvorschlag mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarats vorgesehenen Mehrheit beschließen. Diese Änderung tritt nach Ablauf eines Zeitabschnitts von einem Jahr nach ihrer Übermittlung an die Vertragsparteien in Kraft. Während dieses Zeitabschnitts kann jede Vertragspartei dem Generalsekretär des Europarats einen Einspruch gegen das Inkrafttreten der Änderung für diese Vertragspartei notifizieren.

(3) Notifiziert ein Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär des Europarats einen Einspruch gegen das Inkrafttreten der Änderung, so tritt diese nicht in Kraft.

(4) Notifiziert weniger als ein Drittel der Vertragsparteien einen Einspruch, so tritt die Änderung für die Vertragsparteien in Kraft, die keinen Einspruch notifiziert haben.

(5) Ist eine Änderung nach Absatz 2 in Kraft getreten und hat eine Vertragspartei einen Einspruch gegen diese Änderung notifiziert, so tritt sie für diese Vertragspartei am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem sie dem Generalsekretär des Europarats ihre Annahme notifiziert.

Article 29

Settlement of disputes

In the event of a dispute between Parties as to the interpretation or application of this Convention, they shall seek a settlement of the dispute through negotiation or any other peaceful means of their choice, including submission of the dispute to an arbitral tribunal whose decisions shall be binding upon the Parties to the dispute, or to the International Court of Justice, as agreed upon by the Parties concerned.

Article 29

Règlement des différends

En cas de différend entre les Parties sur l'interprétation ou l'application de la présente Convention, elles s'efforceront de parvenir à un règlement du différend par la négociation ou par tout autre moyen pacifique de leur choix, y compris la soumission du différend à un tribunal arbitral qui prendra des décisions liant les Parties au différend, ou à la Cour internationale de Justice, selon un accord commun entre les Parties concernées.

Artikel 29

Beilegung von Streitigkeiten

Im Fall einer Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens bemühen sich die Vertragsparteien, die Streitigkeit durch Verhandlungen oder andere friedliche Mittel ihrer Wahl beizulegen, einschließlich der Befassung eines Schiedsgerichts, das für die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien bindende Entscheidungen fällt, oder des Internationalen Gerichtshofs, je nach Vereinbarung der betroffenen Vertragsparteien.

Article 30

Consultation of the Parties

1 The Parties shall consult periodically with a view to:

- a) making proposals to facilitate or improve the effective use and implementation of this Convention, including the identification of any problems and the effects of any declaration made under this Convention;
- b) formulating its opinion on the conformity of a refusal to extradite which is referred to them in accordance with Article 20, paragraph 8;
- c) making proposals for the amendment of this Convention in accordance with Article 27;

Article 30

Consultation des Parties

1 Les Parties se concertent périodiquement, afin:

- a) de faire des propositions en vue de faciliter ou d'améliorer l'usage et la mise en œuvre effectifs de la présente Convention, y compris l'identification de tout problème en la matière, ainsi que les effets de toute déclaration faite conformément à la présente Convention;
- b) de formuler un avis sur la conformité d'un refus d'extrader qui leur est soumis conformément à l'article 20, paragraphe 8;
- c) de faire des propositions d'amendement à la présente Convention conformément à l'article 27;

Artikel 30

Konsultationsrunde der Vertragsparteien

(1) Die Vertragsparteien konsultieren einander in regelmäßigen Abständen im Hinblick auf

- a) die Unterbreitung von Vorschlägen zur Erleichterung oder Verbesserung der wirksamen Anwendung und Durchführung dieses Übereinkommens, einschließlich des Erkennens dabei etwa auftretender Probleme und der Folgen von Erklärungen, die nach diesem Übereinkommen abgegeben wurden;
- b) die Ausarbeitung ihrer Stellungnahme zu der Frage, ob die Ablehnung eines Auslieferungersuchens, das ihnen nach Artikel 20 Absatz 8 unterbreitet wird, im Einklang mit diesem Übereinkommen steht;
- c) die Unterbreitung von Vorschlägen zur Änderung dieses Übereinkommens nach Artikel 27;

- | | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>d formulating their opinion on any proposal for the amendment of this Convention which is referred to them in accordance with Article 27, paragraph 3;</p> <p>e expressing an opinion on any question concerning the application of this Convention and facilitating the exchange of information on significant legal, policy or technological developments.</p> | <p>d de formuler un avis sur toute proposition d'amendement à la présente Convention qui leur est soumise conformément à l'article 27, paragraphe 3;</p> <p>e d'exprimer un avis sur toute question relative à l'application de la présente Convention et faciliter l'échange d'informations sur les développements juridiques, politiques ou techniques importantes.</p> | <p>d) die Ausarbeitung ihrer Stellungnahme zu jedem Vorschlag zur Änderung dieses Übereinkommens, der ihnen nach Artikel 27 Absatz 3 vorgelegt wird;</p> <p>e) die Abgabe von Stellungnahmen zu Fragen, welche die Anwendung dieses Übereinkommens sowie die Erleichterung des Informationsaustauschs über wichtige rechtliche, politische oder technologische Entwicklungen betreffen.</p> |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

2 The Consultation of the Parties shall be convened by the Secretary General of the Council of Europe whenever he finds it necessary and in any case when a majority of the Parties or the Committee of Ministers request its convocation.

2 La Consultation des Parties est convoquée par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe chaque fois qu'il l'estime nécessaire et, en tout cas, si la majorité des Parties ou le Comité des Ministres en formulent la demande.

(2) Die Konsultationsrunde der Vertragsparteien wird vom Generalsekretär des Europarats einberufen, wann immer er dies für erforderlich erachtet und immer dann, wenn eine Mehrheit der Vertragsparteien oder das Ministerkomitee um ihre Einberufung ersucht.

3 The Parties shall be assisted by the Secretariat of the Council of Europe in carrying out their functions pursuant to this article.

3 Les Parties sont assistées par le Secrétariat du Conseil de l'Europe dans l'exercice de leurs fonctions découlant du présent article.

(3) Die Vertragsparteien werden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Artikel vom Sekretariat des Europarats unterstützt.

Article 31

Denunciation

1 Any Party may, at any time, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2 Such denunciation shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of the notification by the Secretary General.

Article 31

Dénonciation

1 Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention par notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2 La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Artikel 31

Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Article 32

Notification

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, the European Community, the non-member States which have participated in the elaboration of this Convention as well as any State which has acceded to, or has been invited to accede to, this Convention of:

- a any signature;
- b the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c any date of entry into force of this Convention in accordance with Article 23;
- d any declaration made under Article 1, paragraph 2, 22, paragraph 4, and 25;
- e any other act, notification or communication relating to this Convention.

Article 32

Notification

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifie aux Etats membres du Conseil de l'Europe, à la Communauté européenne, aux Etats non membres ayant participé à l'élaboration de la présente Convention, ainsi qu'à tout Etat y ayant adhéré ou ayant été invité à y adhérer:

- a toute signature;
- b le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
- c toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à l'article 23;
- d toute déclaration faite en application des articles 1, paragraphe 2, 22, paragraphe 4, et 25;
- e tout autre acte, notification ou communication ayant trait à la présente Convention.

Artikel 32

Notifikation

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, der Europäischen Gemeinschaft, den Nichtmitgliedstaaten, die sich an der Ausarbeitung dieses Übereinkommens beteiligt haben, sowie jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist oder zum Beitritt zu ihm eingeladen worden ist,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 23;
- d) jede nach Artikel 1 Absatz 2, Artikel 22 Absatz 4 und Artikel 25 abgegebene Erklärung;
- e) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at Warsaw, this 16th day of May 2005, in English and in French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe, to the European Community, to the non-member States which have participated in the elaboration of this Convention, and to any State invited to accede to it.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Varsovie, le 16 mai 2005, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, à la Communauté européenne, aux Etats non membres ayant participé à l'élaboration de la Convention et à tout Etat invité à y adhérer.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Warschau am 16. Mai 2005 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats, der Europäischen Gemeinschaft, den Nichtmitgliedstaaten, die sich an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt haben, und allen zum Beitritt zu ihm eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

Appendix

- 1 Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, signed at The Hague on 16 December 1970;
- 2 Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Civil Aviation, concluded at Montreal on 23 September 1971;
- 3 Convention on the Prevention and Punishment of Crimes Against Internationally Protected Persons, Including Diplomatic Agents, adopted in New York on 14 December 1973;
- 4 International Convention Against the Taking of Hostages, adopted in New York on 17 December 1979;
- 5 Convention on the Physical Protection of Nuclear Material, adopted in Vienna on 3 March 1980;
- 6 Protocol for the Suppression of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation, done at Montreal on 24 February 1988;
- 7 Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Maritime Navigation, done at Rome on 10 March 1988;
- 8 Protocol for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Fixed Platforms Located on the Continental Shelf, done at Rome on 10 March 1988;
- 9 International Convention for the Suppression of Terrorist Bombings, adopted in New York on 15 December 1997;
- 10 International Convention for the Suppression of the Financing of Terrorism, adopted in New York on 9 December 1999;
- 11 International Convention for the Suppression of Acts of Nuclear Terrorism, adopted in New York on 13 April 2005¹⁾.

¹⁾ Amendment to the Appendix adopted by the Ministers' Deputies at their 1034th meeting (11 September 2008, item 10.1) and entered into force on 13 September 2009 in accordance with Article 28 of the Convention.

Annexe

- 1 Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs, signée à La Haye le 16 décembre 1970;
- 2 Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile, signée à Montréal le 23 septembre 1971;
- 3 Convention sur la prévention et la répression des infractions contre les personnes jouissant d'une protection internationale, y compris les agents diplomatiques, adoptée à New York le 14 décembre 1973;
- 4 Convention internationale contre la prise d'otages, adoptée à New York le 17 décembre 1979;
- 5 Convention sur la protection physique des matières nucléaires, adoptée à Vienne le 3 mars 1980;
- 6 Protocole pour la répression des actes illicites de violence dans les aéroports servant à l'aviation civile internationale, conclu à Montréal le 24 février 1988;
- 7 Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime, conclue à Rome le 10 mars 1988;
- 8 Protocole pour la répression d'actes illicites contre la sécurité des plates-formes fixes situées sur le plateau continental, conclu à Rome le 10 mars 1988;
- 9 Convention internationale pour la répression des attentats terroristes à l'explosif, adoptée à New York le 15 décembre 1997;
- 10 Convention internationale pour la répression du financement du terrorisme, adoptée à New York le 9 décembre 1999;
- 11 Convention internationale pour la répression des actes de terrorisme nucléaire, adoptée à New York le 13 avril 2005¹⁾.

¹⁾ Amendement à l'Annexe adopté par les Délégués des Ministres lors de leur 1034^e réunion (11 septembre 2008, point 10.1) et entré en vigueur le 13 septembre 2009 conformément à l'article 28 de la Convention.

Anhang

1. Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, unterzeichnet am 16. Dezember 1970 in Den Haag;
2. Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt, geschlossen am 23. September 1971 in Montreal;
3. Übereinkommen über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten, angenommen am 14. Dezember 1973 in New York;
4. Internationales Übereinkommen gegen Geiselnahme, angenommen am 17. Dezember 1979 in New York;
5. Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial, angenommen am 3. März 1980 in Wien;
6. Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, beschlossen am 24. Februar 1988 in Montreal;
7. Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt, beschlossen am 10. März 1988 in Rom;
8. Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, beschlossen am 10. März 1988 in Rom;
9. Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge, angenommen am 15. Dezember 1997 in New York;
10. Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus, angenommen am 9. Dezember 1999 in New York;
11. Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen, angenommen am 13. April 2005 in New York¹⁾.

¹⁾ Änderung des Anhangs, angenommen von den Ministerbeauftragten in ihrer 1034. Sitzung (11. September 2008, Punkt 10.1) und in Kraft getreten am 13. September 2009 in Übereinstimmung mit Artikel 28 des Übereinkommens.

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus (im Folgenden: Übereinkommen) widmet sich dem Aspekt der Prävention von Terrorismus und ergänzt die bestehenden Antiterrorismus-Übereinkommen der Vereinten Nationen (VN). Es stellt damit ein wichtiges Instrument zur strafrechtlichen Bekämpfung des internationalen Terrorismus dar. Das Übereinkommen ist am 1. Juni 2007 in Kraft getreten.

Im Jahr 2003 war auf Beschluss des Ministerkomitees des Europarats das Expertenkomitee zur Terrorismusbekämpfung, CODEXTER („Committee of Experts on Terrorism“), eingerichtet worden, das Ende Februar 2005 dem Ministerkomitee den Entwurf für das Übereinkommen vorlegte. Für die Arbeit von CODEXTER waren insbesondere von Bedeutung die Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats 1550 (2002) über die Bekämpfung des Terrorismus und die Achtung der Menschenrechte sowie die Leitlinien über die Menschenrechte und die Bekämpfung des Terrorismus, die vom Ministerkomitee des Europarats am 11. Juli 2002 angenommen worden waren.

Das Übereinkommen reiht sich ein in die internationalen Übereinkünfte, deren gemeinsames Ziel die Verhütung und die Bekämpfung des Terrorismus ist. Es versucht dieses Ziel insbesondere dadurch zu erreichen, dass bestimmte Verhaltensweisen unter Strafe gestellt werden, die das Potential haben, zu terroristischen Straftaten zu führen. So werden die Vertragsparteien des Übereinkommens verpflichtet, die öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat sowie die Anwerbung und Ausbildung für terroristische Zwecke unter Strafe zu stellen, wenn diese Handlungen rechtswidrig und vorsätzlich begangen werden. Gleichzeitig setzt das Übereinkommen auf die strikte Wahrung der menschenrechtlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze.

Der Begriff der „terroristischen Straftat“ spielt für die Anwendung des Übereinkommens eine zentrale Rolle. Jedoch definiert das Übereinkommen den Begriff nicht selbst, sondern verweist insoweit auf bestehende VN-Übereinkommen. Es handelt sich dabei um mittlerweile elf sektorale VN-Antiterrorismus-Übereinkommen, die Straftatbestände zu bestimmten Sachgebieten enthalten. Dazu gehören z. B. das Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen und das Internationale Übereinkommen gegen Geiselnahme. Am 13. September 2009 neu aufgenommen wurde das VN-Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (Notifikation des Generalsekretärs des Europarats vom 18. September 2009).

Das Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, für die Europäische Gemeinschaft und für Nichtmitgliedstaaten, die sich an dessen Ausarbeitung beteiligt haben, zur Zeichnung auf. Ferner kann das Ministerkomitee des Europarats nach Konsultation der Vertragsparteien des Übereinkommens und mit deren einhelliger Zustimmung Staaten, die nicht Mitglied des Europarats sind und die sich nicht an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt haben, einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zur Präambel

Die Präambel betont, dass terroristische Straftaten und die in dem Übereinkommen genannten Straftaten unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können, indem politische, philosophische, weltanschauliche, rassische, ethnische, religiöse oder sonstige Erwägungen ähnlicher Art angeführt werden. Gleichzeitig bekräftigt die Präambel die Notwendigkeit, dass alle Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Werte, der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu treffen sind.

Zu Artikel 1 (Begriffsbestimmung)

Absatz 1 definiert den Begriff „terroristische Straftat“ als eine Straftat im Geltungsbereich und nach der Begriffsbestimmung einer der im Anhang des Übereinkommens aufgeführten Verträge. Dabei handelt es sich um ursprünglich zehn sektorale Antiterrorismus-Übereinkommen der Vereinten Nationen. Durch Entscheidung des Ministerkomitees vom 11. September 2008 gemäß Artikel 28 Absatz 2 wurde am 13. September 2009 mit dem Internationalen Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (BGBl. 2007 II S. 1586, 1587) zwischenzeitlich ein elftes sektorales VN-Antiterrorismus-Übereinkommen in den Anhang aufgenommen (Notifikation des Generalsekretärs des Europarats vom 18. September 2009). Das Übereinkommen des Europarats verweist somit zur Definition „terroristischer Straftaten“ auf die bereits in den bestehenden Antiterrorismus-Übereinkommen enthaltenen Begriffsbestimmungen.

Absatz 2 ist Vorschriften in anderen internationalen Übereinkommen gegen den Terrorismus nachempfunden. Die Regelung ermöglicht es den Vertragsparteien, diejenigen Übereinkommen aus dem Anhang auszuschließen, die sie nicht ratifiziert haben. Die Bundesrepublik Deutschland hat alle Übereinkommen, die dem Anhang unterfallen, ratifiziert.

Zu Artikel 2 (Zweck)

Gemäß Artikel 2 hat das Übereinkommen den Zweck, die Bestrebungen der Vertragsparteien zur Verhütung des Terrorismus und seiner nachteiligen Auswirkungen auf den uneingeschränkten Genuss der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Leben, sowohl durch innerstaatlich zu treffende Maßnahmen als auch durch internationale Zusammenarbeit zu fördern.

Zu Artikel 3 (Innerstaatliche Maßnahmen zur Verhütung des Terrorismus)

Artikel 3 bezweckt eine Verbesserung der innerstaatlichen Zusammenarbeit, um Terrorismus zu verhüten. Die Vorschrift stellt dabei insbesondere auf vier Bereiche ab: Aus- und Weiterbildung der Strafverfolgungsbehörden und anderer Einrichtungen sowie in den Bereichen Kultur, Information, Medien und Bewusstseinsbildung in der

Öffentlichkeit (Absatz 1), Zusammenarbeit zwischen den innerstaatlichen Behörden (Absatz 2), Förderung von Toleranz (Absatz 3) sowie Zusammenarbeit der Bürgerinnen und Bürger mit den innerstaatlichen Behörden (Absatz 4). Die im Übereinkommen genannten innerstaatlichen Maßnahmen bilden dabei keinen abschließenden Katalog und auch die Art und Weise der Umsetzung obliegt der Einschätzung jeder einzelnen Vertragspartei.

Zu Artikel 4 (Internationale Zusammenarbeit bei der Verhütung des Terrorismus)

Artikel 4 betrifft die internationale Zusammenarbeit und bezweckt, die Fähigkeit der Vertragsparteien zur Terrorismusverhütung zu verbessern. Die in Frage kommenden Maßnahmen, wie die beispielhaft aufgezählten Maßnahmen des Informationsaustauschs und der Unterstützung bei Aus- und Weiterbildung, stehen unter dem Vorbehalt, dass die betreffenden Vertragsparteien sie für angebracht und durchführbar erachten.

Zu den Artikeln 5 bis 7 im Allgemeinen

Die Artikel 5 bis 7 bilden die Kernvorschriften des Übereinkommens. Sie verpflichten die Vertragsparteien, die öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat (Artikel 5), die Anwerbung für terroristische Zwecke (Artikel 6) sowie die Ausbildung für terroristische Zwecke (Artikel 7) unter Strafe zu stellen, ergänzt durch weitere Strafvorschriften (Artikel 9). Bei diesen Straftaten handelt es sich nicht um terroristische Straftaten im Sinne des Anhangs zum Übereinkommen (Artikel 1), sondern um Straftaten, die mit solchen terroristischen Straftaten in Zusammenhang stehen und das Potential haben, zu solchen Straftaten zu führen (Erläuternder Bericht, Anm. 77, 78). Das Übereinkommen zielt nicht darauf ab, solche Handlungen unter Strafe zu stellen, die eine nur theoretische Verknüpfung zu terroristischen Straftaten haben (Erläuternder Bericht, Anm. 49). Für die Strafbarkeit der Handlungen ist nicht notwendig, dass eine terroristische Straftat tatsächlich begangen wird (Artikel 8). Für die Anwendung des Übereinkommens ist auch unerheblich, wo eine solche terroristische Straftat begangen werden soll (Erläuternder Bericht, Anm. 126). Entscheidend ist, dass die genannten Handlungen rechtswidrig und vorsätzlich begangen werden.

Zu Artikel 5 (Öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat)

Artikel 5 Absatz 2 verpflichtet die Vertragsparteien, die rechtswidrige und vorsätzliche öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat nach innerstaatlichem Recht unter Strafe zu stellen. Absatz 1 definiert die öffentliche Aufforderung als das öffentliche Verbreiten oder sonstige öffentliche Zugänglichmachen einer Botschaft mit dem Vorsatz, zur Begehung einer terroristischen Straftat anzustiften, wenn dieses Verhalten, unabhängig davon, ob dabei terroristische Straftaten unmittelbar befürwortet werden, die Gefahr begründet, dass eine oder mehrere solcher Straftaten begangen werden könnten.

Der von CODEXTER erarbeitete Erläuternde Bericht zum Übereinkommen führt aus, dass mit dieser Vorschrift nicht nur die direkte, sondern auch die indirekte Auffor-

derung zur Begehung terroristischer Straftaten erfasst werden soll, die etwa im Verbreiten von Nachrichten, welche den Täter eines terroristischen Anschlags verherrlichen, die Opfer herabwürdigenden, die finanzielle Unterstützung terroristischer Organisationen fordern, oder in ähnlichem Verhalten liegen kann (Erläuternder Bericht, Anm. 95, 96). Die Strafbestimmung steht im Spannungsfeld zwischen den berechtigten Interessen der Vertragsparteien an der Verhütung des Terrorismus einerseits und dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit (Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention – EMRK) andererseits.

Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist ein Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft und schützt auch beleidigende, verstörende oder schockierende Meinungen (Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 8. Juli 1986, Lingens gegen Österreich). Allerdings wird dieses Grundrecht nicht absolut und uneingeschränkt gewährt (Artikel 10 Absatz 2 EMRK). Es findet daher seine Grenzen, wo nicht nur Kritik geübt, sondern zu gewalttätigen terroristischen Handlungen angestiftet wird. Die Vorschrift setzt dabei aber voraus, dass die Umstände der Aufforderung, wie etwa der Adressatenkreis oder die Stellung des Urhebers, die Gefahr begründen, dass eine oder mehrere terroristische Straftaten begangen werden könnten. Vom Anwendungsbereich erfasst sind nur öffentliche Aufforderungen, insbesondere mittels gedruckter Publikationen, anderer Massenmedien, öffentlicher Ansprachen oder Internet (Chatrooms, Diskussionsforen, E-Mail).

Bei der Umsetzung der Strafbarkeitsverpflichtung nach Artikel 5 ist Artikel 12, insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, zu beachten. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Verpflichtung nach Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 12 insbesondere durch die Bestimmungen der §§ 91, 111 Absatz 1 und 2, §§ 26, 27, 30 des Strafgesetzbuches (StGB) erfüllt. Darüber hinaus sind – für terroristische Vereinigungen – die §§ 129a, 129b StGB einschlägig.

Zu Artikel 6 (Anwerbung für terroristische Zwecke)

Artikel 6 verpflichtet die Vertragsparteien, die rechtswidrige und vorsätzliche Anwerbung für terroristische Zwecke unter Strafe zu stellen. Absatz 1 definiert dies als „eine andere Person dazu zu bestimmen, eine terroristische Straftat zu begehen, sich an deren Begehung zu beteiligen oder sich einer Vereinigung oder einer Gruppe zu dem Zweck anzuschließen, zur Begehung einer oder mehrerer terroristischer Straftaten durch die Vereinigung oder Gruppe beizutragen“.

Das „Bestimmen“ kann auf vielfältige Weise geschehen, wie etwa über das Internet oder durch unmittelbar persönliches Ansprechen. Für die Vollendung des Delikts ist eine Beteiligung der angeworbenen Person an der Begehung einer terroristischen Straftat bzw. deren Anschluss an eine entsprechende Gruppe oder Vereinigung nicht erforderlich. Der Erläuternde Bericht (Anm. 112) stellt dies klar, indem darauf hingewiesen wird, dass die Umsetzung der Artikel 6 und 9 Absatz 2 durch die Vertragsparteien zu einer Strafbarkeit sowohl der vollendeten als auch der

begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Anwerbung führt und es dabei unerheblich ist, ob sich die angeworbene Person letztlich an der Begehung einer terroristischen Straftat beteiligt oder sich einer entsprechenden Gruppe oder Vereinigung anschließt.

Artikel 12 verlangt, bei der Umsetzung dieses Straftatbestandes insbesondere den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu berücksichtigen. In der Bundesrepublik Deutschland werden diese Vorgaben durch § 91 Absatz 1 Nummer 1, § 111 Absatz 1 und 2, §§ 26, 27, 30, 130, 130a StGB erfüllt. Darüber hinaus sind – für terroristische Vereinigungen – die §§ 129a, 129b StGB einschlägig.

Zu Artikel 7 (Ausbildung für terroristische Zwecke)

Artikel 7 verpflichtet die Vertragsparteien, die rechtswidrige und vorsätzliche Ausbildung für terroristische Zwecke unter Strafe zu stellen. Absatz 1 definiert diese als die „Unterweisung in der Herstellung oder im Gebrauch von Sprengstoffen, Feuer- oder sonstigen Waffen oder schädlichen oder gefährlichen Stoffen oder die Unterweisung in anderen spezifischen Methoden oder Verfahren mit dem Ziel, eine terroristische Straftat zu begehen oder zu deren Begehung beizutragen, in Kenntnis der Tatsache, dass die vermittelten Fähigkeiten für diesen Zweck eingesetzt werden sollen“.

Das Übereinkommen beschränkt sich damit auf die Strafbarkeit des Ausbilders/der Ausbilderin; nicht vorgesehen ist eine etwaige Strafbarkeit der auszubildenden Person. Nach dem Übereinkommen muss der Täter/die Täterin in dem Wissen handeln, dass die von ihm/ihr zur Verfügung gestellten Informationen für die Begehung einer terroristischen Straftat oder für den Beitrag zur Begehung einer solchen Tat verwendet werden. Eine tatsächliche Begehung der terroristischen Straftat wird für die Strafbarkeit des Ausbilders/der Ausbilderin aber nicht vorausgesetzt. Das Übereinkommen selbst enthält keine Begriffsbestimmungen für „Sprengstoffe, Feuer- oder sonstige Waffen“ etc. Diese richten sich nach den bestehenden internationalen Übereinkommen und dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien.

Artikel 12 verlangt, bei der Umsetzung dieses Straftatbestandes insbesondere den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu berücksichtigen. In der Bundesrepublik Deutschland werden diese Vorgaben durch § 89a Absatz 2 Nummer 1, §§ 91, 130a, 26, 27, 30 StGB erfüllt. Darüber hinaus sind – für terroristische Vereinigungen – die §§ 129a, 129b StGB einschlägig.

Zu Artikel 8 (Unerheblichkeit der tatsächlichen Begehung einer terroristischen Straftat)

Artikel 8 stellt klar, dass es für die Strafbarkeit einer Handlung nach den Artikeln 5 bis 7 nicht darauf ankommt, dass eine terroristische Straftat tatsächlich begangen wird. Der Erläuternde Bericht führt aus, dass jede Vertragspartei verpflichtet ist, die in den Artikeln 5 bis 7 genannten Taten zu bestrafen, unabhängig davon, ob etwa die Anwerbung oder Ausbildung auf die Begehung einer terroristischen Straftat im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei oder anderswo abzielt (Anm. 127).

Zu Artikel 9 (Ergänzende Straftatbestände)

Nach Artikel 9 treffen die Vertragsparteien weitere Kriminalisierungsverpflichtungen im Hinblick auf die in den Artikeln 5 bis 7 genannten Straftaten. Die Bestimmung entspricht bereits bestehenden Bestimmungen in internationalen Übereinkommen gegen den Terrorismus, wie dem Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge (BGBl. 2002 II S. 2506, 2507) und dem Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus (BGBl. 2003 II S. 1923, 1924).

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, die Mittäterschaft und Teilnahme im Hinblick auf die Straftaten im Sinne der Artikel 5 bis 7 unter Strafe zu stellen. Umsetzungsbedarf besteht in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Vorschriften der §§ 25, 26, 27, 30 sowie 129, 129a, 129b StGB nicht.

Darüber hinaus werden die Vertragsparteien gemäß Absatz 2 zur Bestrafung des Versuchs der Straftaten im Sinne der Artikel 6 und 7 „nach ihrem innerstaatlichen Recht und in Übereinstimmung mit diesem“ verpflichtet. Im Unterschied zu Absatz 1 ist die Versuchsstrafbarkeit nicht nur nach, sondern in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht vorzusehen, so dass national unterschiedliche Konzepte der Versuchsstrafbarkeit Berücksichtigung finden können. Von der Versuchsstrafbarkeit ausgenommen sind Straftaten im Sinne von Artikel 5 („Öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat“).

Zu Artikel 10 (Verantwortlichkeit juristischer Personen)

Diese Vorschrift betrifft die Verantwortlichkeit juristischer Personen für die Beteiligung an den in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten.

Die Verantwortlichkeit der juristischen Personen kann strafrechtlicher oder nicht strafrechtlicher Art sein (Absatz 2). Artikel 11 Absatz 3 schreibt aber vor, dass die Sanktionen oder Maßnahmen gegen juristische Personen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein und Geldsanktionen umfassen müssen. Mit den §§ 30, 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) besteht im deutschen Recht ein Instrumentarium, das den Anforderungen des Übereinkommens genügt. Diese Vorschriften sehen eine bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen (und anderer Personenvereinigungen) vor. Sie gilt für alle Straftaten, die von einer Leitungsperson oder – über § 130 OWiG – einem sonstigen Mitarbeiter/einer sonstigen Mitarbeiterin des Verbandes begangen werden.

Zu Artikel 11 (Sanktionen und Maßnahmen)

Für natürliche Personen müssen die vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen und Maßnahmen „wirksam, verhältnismäßig und abschreckend“ sein (Absatz 1). Für juristische Personen genügen auch nichtstrafrechtliche Sanktionen oder Maßnahmen, die allerdings Geldsanktionen umfassen müssen (Absatz 3). Umsetzungsbedarf besteht im deutschen Recht nicht:

- Gegen natürliche Personen ist nach den einschlägigen Straftatbeständen die Verhängung von Geldstrafe oder von Freiheitsstrafe möglich. Sofern bereits eine rechtskräftige Verurteilung in einem ausländischen

Staat wegen im Übereinkommen genannter Straftaten vorliegt, verweist Absatz 2 darauf, dass sich deren etwaige Berücksichtigung bei der Bestimmung des Strafmaßes nach innerstaatlichem Recht zu richten hat. Im deutschen Strafrecht werden Vorstrafen im Rahmen der Strafzumessung nach § 46 StGB zur Bewertung des Vorlebens nach § 46 Absatz 2 Satz 2 StGB herangezogen. Ausländische Verurteilungen sind bei der Strafzumessung nach § 46 StGB nach einhelliger Auffassung in Rechtsprechung und Kommentarliteratur ebenfalls verwertbar (vgl. BGH, Beschluss vom 1. August 2007 – 5 StR 282/07, StV 2007, 632; BayObLGSt 1978, 39 – 41; Schönke/Schröder-Stree, StGB, 27. Aufl., § 46 Rn. 32). Für Vortaten, die in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgeurteilt wurden, folgt dies nun im Hinblick auf den Rahmenbeschluss 2008/675/JI des Rates vom 24. Juli 2008 zur Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ergangenen Verurteilungen in einem neuen Strafverfahren (ABl. L 220 vom 15.8.2008, S. 32) auch aus dem Gebot rahmenbeschlusskonformer Auslegung.

- Den Anforderungen des Absatzes 3 hinsichtlich der Sanktionierung juristischer Personen wird das geltende Recht durch die Vorschrift des § 30 OWiG gerecht. § 30 Absatz 2 OWiG ermöglicht bei Straftaten als Anknüpfungstaten die Verhängung einer Geldbuße von bis zu einer Million Euro. Ist dies zur Abschöpfung des aus der Tat erlangten wirtschaftlichen Vorteils erforderlich, kann und soll dieser Betrag auch überschritten werden (§ 30 Absatz 3 in Verbindung mit § 17 Absatz 4 OWiG). Ergänzt werden diese bußgeldrechtlichen Regelungen durch die gewerbe- und gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten, die Tätigkeit des Unternehmens zu beschränken oder zu untersagen oder dessen Rechtsträger aufzulösen. Damit steht ein umfassendes Sanktionsinstrumentarium zur Verfügung.

Zu Artikel 12 (Bedingungen und Garantien)

Bei Artikel 12 handelt es sich neben den Artikeln 5 bis 7 und 9 um eine weitere Schlüsselvorschrift des Übereinkommens. Mit der Vorschrift soll der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei der Bekämpfung des Terrorismus sichergestellt werden. Dies dient damit auch der Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates in diesem Kampf.

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, die Menschenrechte, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Religionsfreiheit, bei der Schaffung, Umsetzung und Anwendung der Strafbarkeit nach den Artikeln 5 bis 7 und 9 zu wahren. Die Aufzählung der Menschenrechte und entsprechender Konventionen in Absatz 1 ist dabei nicht abschließend. Der Einschub „soweit diese auf die Vertragspartei anwendbar sind“ ist dem Umstand geschuldet, dass das Instrument auch für Nichtmitgliedstaaten des Europarats offen steht (Artikel 23 Absatz 1, Artikel 24 Absatz 1). Diese Vertragsparteien haben diese Vorschrift entsprechend der für sie diesbezüglich geltenden Verpflichtungen umzusetzen.

Absatz 2 verlangt, dass die Strafbestimmungen im Bereich der Artikel 5 bis 7 und 9 ferner nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geschaffen, umgesetzt und ange-

wandt werden und zudem jegliche Form der Willkür oder der diskriminierenden oder rassistischen Behandlung ausschließen.

Zu Artikel 13 (Schutz, Entschädigung und Unterstützung für Opfer des Terrorismus)

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien zum Schutz und zur Unterstützung von Personen, die Opfer terroristischer Handlungen in ihrem Hoheitsgebiet geworden sind. Diese Hilfe erfolgt dabei nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts. In diesem Zusammenhang ist insbesondere das Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten – Opferentschädigungsgesetz (OEG) – anzuführen, das bei einer gesundheitlichen Schädigung infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs im Inland bzw. auf einem deutschen Schiff oder Luftfahrzeug Anwendung findet und den Geschädigten bzw. den Hinterbliebenen einen Anspruch auf Versorgung gewährt. Einem tätlichen Angriff gleichgestellt ist die wenigstens fahrlässige Herbeiführung einer Gefahr für Leib oder Leben durch ein mit gemeingefährlichen Mitteln begangenes Verbrechen. Ausländische Geschädigte erhalten unter den dort genannten Voraussetzungen ebenfalls eine Versorgung nach dem OEG. Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des OEG (BGBl. 2009 I S. 1580), das am 1. Juli 2009 in Kraft trat, wurde dieser Kreis der Anspruchsberechtigten noch erweitert. Einbezogen wurden auch ausländische Geschädigte, die mit dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Personen bis zum dritten Grad verwandt oder in eingetragener Lebenspartnerschaft verbunden sind, sich vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten und hier Opfer einer Gewalttat werden.

Zu Artikel 14 (Gerichtsbarkeit)

Artikel 14 schreibt vor, in welchen Fällen die Vertragsparteien ihre Gerichtsbarkeit für die in dem Übereinkommen genannten Straftaten begründen müssen (Absätze 1 und 3) bzw. können (Absatz 2). Dadurch soll sichergestellt werden, dass in jedem Fall eine Vertragspartei für die Aburteilung der Tat zuständig ist. Wie sich aus Absatz 4 ergibt, können die Vertragsparteien ihre Strafgerichtsbarkeit auch anhand anderer Kriterien, die über die im Übereinkommen genannten hinausgehen, begründen.

- Absatz 1 Buchstabe a umschreibt dabei das Territorialitätsprinzip,
- Absatz 1 Buchstabe b das Flaggenprinzip und
- Absatz 1 Buchstabe c das aktive Personalitätsprinzip.

Das Territorialitätsprinzip (Absatz 1 Buchstabe a) ist in § 3 StGB und das Flaggenprinzip (Absatz 1 Buchstabe b) in § 4 StGB verankert, die beide auch für die Strafvorschriften gelten, mit denen die Vorgaben dieses Übereinkommens in das deutsche Strafrecht umgesetzt werden. Ebenso verhält es sich mit § 7 Absatz 2 Nummer 1 StGB für das aktive Personalitätsprinzip (Absatz 1 Buchstabe c). Der Erläuternde Bericht stellt klar, dass sich die Verpflichtung der Vertragsparteien, die Gerichtsbarkeit nach Absatz 1 Buchstabe c zu begründen, darauf stützt, dass die Tatverdächtigen Staatsangehörige der Vertragspartei sind und die Tat auch nach dem am Tatort geltenden Recht strafbar ist bzw. außerhalb des Hoheitsbereichs irgendeines Staates begangen wird (Anm. 161). Die Bestimmung des Absatzes 3 entspricht im deutschen

Recht § 7 Absatz 2 Nummer 1 und 2 StGB. Die fakultativen Regelungen zur Begründung der Gerichtsbarkeit nach Absatz 2 sind im deutschen Strafrecht ebenfalls weitestgehend umgesetzt durch die Vorschriften der §§ 3, 5, 6, 7 Absatz 1 und 9 StGB.

Absatz 5 regelt den Fall, dass mehrere Vertragsparteien die Gerichtsbarkeit für eine bestimmte Straftat gleichzeitig für sich geltend machen, und sieht dafür Konsultationen vor. Wie der Einschub „soweit angebracht“ verdeutlicht, ist die Verpflichtung zur gegenseitigen Konsultation aber nicht zwingend.

Zu Artikel 15 (Ermittlungspflicht)

Die Absätze 1 und 2 begründen Verpflichtungen einer Vertragspartei für den Fall, dass eine Person, die eine im Übereinkommen genannte Straftat begangen hat oder ihrer verdächtigt wird, sich möglicherweise auf ihrem Hoheitsgebiet aufhält. Demnach hat die Vertragspartei die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Sachverhalt zu untersuchen und die Anwesenheit dieser Person für die Zwecke der Strafverfolgung oder der Auslieferung sicherzustellen.

Die Ermittlungspflicht der Staatsanwaltschaften in der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich aus § 152 Absatz 2 der Strafprozessordnung (StPO). Nach dieser Bestimmung sind die Staatsanwaltschaften von Gesetzes wegen verpflichtet, wegen aller verfolgbaren Straftaten einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte bestehen. Sobald eine Staatsanwaltschaft durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von dem Verdacht einer Straftat Kenntnis erlangt, hat sie den Sachverhalt von Amts wegen zu erforschen (§ 160 Absatz 1 StPO). Die Anwesenheit von Beschuldigten im Strafverfahren wird (ggf.) durch die Vorschriften über die Untersuchungshaft in den §§ 112 ff. StPO sichergestellt.

Was die Sicherstellung der Auslieferung angeht, ist in der Bundesrepublik Deutschland dieser Verpflichtung durch die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG), insbesondere § 16 IRG, Genüge getan.

Die Absätze 3 bis 5 verpflichten die Vertragsparteien, bestimmte Mindeststandards zum Schutz der Verfolgten zu schaffen. Die Beschuldigten oder Angeklagten sollen unverzüglich mit Vertretern ihrer Heimatstaaten oder, wenn sie staatenlos sind, mit Vertretern der Staaten, in denen sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, in Verbindung treten und diese empfangen können. Weiter ist die Verpflichtung enthalten, die Betroffenen über diese Rechte zu unterrichten. Nach Absatz 5 kann jede Vertragspartei, die eine Gerichtsbarkeit nach diesem Übereinkommen beanspruchen kann, das Internationale Komitee des Roten Kreuzes zur Kontaktaufnahme mit den Betroffenen einladen. Umsetzungsbedarf wird durch diese Bestimmungen, die den Vorschriften in den meisten Internationalen Übereinkommen gegen Terrorismus wie dem Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge entsprechen, nicht ausgelöst. Zum Recht von festgenommenen Beschuldigten, Kontakt zu ihrem Konsulat aufnehmen zu dürfen, und zu der diesbezüglichen Belehrungspflicht der Ermittlungsbehörden ist auf § 114b Absatz 2 Satz 3 StPO zu verweisen.

Zu Artikel 16 (Nichtanwendbarkeit des Übereinkommens)

Artikel 16 beschränkt den Anwendungsbereich des Übereinkommens auf Straftaten mit internationalem Bezug. Soweit bei den nach den Artikeln 5 bis 7 und 9 umschriebenen Straftaten reine Inlandstaten vorliegen und die Tatverdächtigen inländische Staatsangehörige sind und sich im Inland aufhalten, so dass keine andere Vertragspartei nach Artikel 14 Absatz 1 und 2 ihre Gerichtsbarkeit begründen kann, findet das Übereinkommen keine Anwendung. Lediglich die jeweils zutreffenden Bestimmungen in den Artikeln 17 und 20 bis 22 kommen zur Anwendung. Der Erläuternde Bericht weist darauf hin, dass Artikel 16 aber keinesfalls die Vertragsparteien einschränken soll, solche Inlandstaten entsprechend den Artikeln 5 bis 7, 9 und 12 unter Strafe zu stellen (Anm. 182).

Zu Artikel 17 (Internationale Zusammenarbeit in Strafsachen)

Diese Vorschrift enthält allgemeine Grundsätze zur internationalen Zusammenarbeit in Strafsachen. So sollen die Vertragsparteien einander die „weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit strafrechtlichen Ermittlungen sowie Straf- und Auslieferungsverfahren in Bezug auf die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten“ gewähren. Davon erfasst soll auch die Hilfe bei der Beschaffung der sich im Besitz der Vertragsparteien befindlichen und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel sein. Schließlich ergibt sich aus Artikel 17, dass die Verpflichtung der Vertragsparteien zur internationalen Zusammenarbeit im größtmöglichen Umfang nur in den Grenzen einschlägiger völkerrechtlicher Vereinbarungen bzw. ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts besteht. Umsetzungsbedarf kann aus dieser Vorschrift somit nicht entstehen. Soweit keine völkerrechtlichen Vereinbarungen vorgehen, ist in der Bundesrepublik Deutschland die internationale Zusammenarbeit in strafrechtlichen Verfahren durch das Gesetz über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) umfassend geregelt. Absatz 4 enthält eine unverbindliche Einladung, die Schaffung zusätzlicher Mechanismen zur Informationsweitergabe zu erwägen.

Zu Artikel 18 (Auslieferung oder Strafverfolgung)

Artikel 18 ist vergleichbaren Vorschriften im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge und im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus nachempfunden. Absatz 1 enthält den Grundsatz „aut dedere aut iudicare“. Eine nach Artikel 14 zuständige Vertragspartei, die eine Auslieferung ablehnt, muss die Strafverfolgung selbst vornehmen, unabhängig davon, ob die Straftat in ihrem Hoheitsgebiet begangen wurde. Die Vertragspartei ist verpflichtet, unverzüglich durch ihre zuständigen Behörden zum Zwecke der Strafverfolgung ein Verfahren nach ihrem Recht einzuleiten. Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes verbietet grundsätzlich die Auslieferung deutscher Staatsangehöriger. In diesen Fällen lässt aber § 7 Absatz 2 Nummer 1 StGB die Strafverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland zu. Absatz 1 verpflichtet die gemäß §§ 142, 142a und 143 des Gerichtsverfassungsgesetzes zuständige Staatsanwaltschaft jedoch nicht, in jedem Fall Anklage zu erheben. Vielmehr lässt die Bestimmung, wie der Wortlaut „in einem Verfahren nach ihrem

Recht“ verdeutlicht, die Vorschriften der Strafprozessordnung unberührt. Umsetzungsbedarf besteht somit nicht.

Zu Artikel 19 (Auslieferung)

Artikel 19 ist ebenfalls vergleichbaren Vorschriften im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge, im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen nachempfunden.

Nach Absatz 1 gelten die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten als in jeden zwischen den Vertragsparteien bereits bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene, der Auslieferung unterliegende Straftaten. Ebenso werden die Vertragsparteien verpflichtet, künftige Auslieferungsverträge entsprechend zu gestalten. Des Weiteren bestimmt Absatz 2, dass die Vertragsparteien das Übereinkommen künftig als Rechtsgrundlage für eine Auslieferung ansehen können. Dies betrifft Vertragsparteien, die nach ihrem innerstaatlichen Recht im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland eine Auslieferung nicht auf vertragsloser Basis durchführen dürfen. Sofern im konkreten Einzelfall ein solches Übereinkommen nicht vorliegt, besteht für diese ersuchten Vertragsparteien nunmehr die Möglichkeit, eine Auslieferung auf der Grundlage des Übereinkommens als entsprechende vertragliche Grundlage durchzuführen. Die Absätze 1 und 2 sollen somit sicherstellen, dass eine Auslieferung wegen der in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten durch alle Vertragsparteien grundsätzlich, d. h. nach Maßgabe des nationalen und internationalen Rechts, möglich ist. Dazu wird, soweit in dieser Hinsicht das Recht einer Vertragspartei lückenhaft sein sollte, das innerstaatliche und völkervertragliche Auslieferungsrecht entsprechend ergänzt.

Für die Bundesrepublik Deutschland sind diese Regelungen nicht von Bedeutung, weil nach deutschem Recht eine Auslieferung nach den für die Bundesrepublik Deutschland geltenden multi- und bilateralen Vereinbarungen bzw. bei fehlender Vereinbarung nach den §§ 2 und 3 IRG möglich ist. Soweit bestehende Bestimmungen in Auslieferungsverträgen oder sonstigen Übereinkünften über Auslieferung mit diesem Übereinkommen unvereinbar sind, gelten diese gemäß Absatz 5 hinsichtlich der in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten als im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien geändert.

Für diejenigen Vertragsparteien, denen im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland eine extraterritoriale Gerichtsbarkeit nicht bekannt ist, sieht Absatz 4 vor, dass für die Zwecke der Auslieferung die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten nötigenfalls so zu behandeln sind, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in dem Hoheitsgebiet der Vertragsparteien begangen worden, die nach Artikel 14 die Gerichtsbarkeit begründet haben.

Zu Artikel 20 (Ausschluss der Ausnahmeregelung für politische Straftaten)

Artikel 20 ist vergleichbaren Vorschriften im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge, im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus sowie

im Änderungsprotokoll zum Europäischen Übereinkommen zur Terrorismusbekämpfung nachempfunden. Die in vielen mehr- oder zweiseitigen Übereinkommen auf dem Gebiet der Rechtshilfe oder Auslieferung vorgesehene Ausnahmeregelung für politische Straftaten führt häufig zu einer rechtlichen und tatsächlichen Besserstellung von Tätern, die politische Motive für sich in Anspruch nehmen. Denn eine Strafverfolgung im Aufenthaltsstaat ist regelmäßig bereits dadurch erschwert, dass erforderliche Beweismittel dort nicht verfügbar sind. Das Übereinkommen verhindert eine Privilegierung derartiger Täter durch diese Vorschrift.

Nach Absatz 1 wird für die Zwecke der Auslieferung oder der Rechtshilfe keine der in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannten Straftaten als politische Straftat, eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat (im Folgenden: politische Straftat) angesehen. Daraus folgt, dass die ersuchte Vertragspartei ein entsprechendes Ersuchen nicht allein mit der Begründung ablehnen darf, es handle sich um eine politische Straftat.

Absatz 2 sieht vor, dass jeder Staat bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde etc. einen Vorbehalt anbringen kann, Absatz 1 im Einzelfall nicht anzuwenden. In diesem Fall kann eine Auslieferung im Einzelfall abgelehnt werden auf der Grundlage einer „gebührend begründeten Entscheidung“, d. h. – entsprechend dem Erläuternden Bericht (Anm. 213) – mit einer schriftlichen Erklärung, in der die tatsachenbezogenen und rechtlichen Beweggründe, die zur Ablehnung des Auslieferungsersuchens geführt haben, von der ersuchten Vertragspartei klar und detailliert erläutert werden.

Vorbehalte sind gemäß Absatz 4 drei Jahre gültig, können aber beliebig oft mit gleicher Geltungsdauer ausdrücklich erneuert werden, wobei die Erneuerung eines Vorbehalts gegenüber dem Generalsekretär des Europarats zu erklären und zu begründen ist. In Absatz 6 ist ein Verfahren für das automatische Erlöschen von nicht erneuerten Vorbehalten festgelegt. Danach muss ein Vertragsstaat, der seinen Vorbehalt aufrechterhält, die Gründe für die Aufrechterhaltung erläutern. Damit soll gewährleistet werden, dass die Vertragsparteien ihre angebrachten Vorbehalte regelmäßig überprüfen. Die Bundesrepublik Deutschland hat keinen Vorbehalt im Sinne von Absatz 2 erklärt.

Liefert eine Vertragspartei eine Person in Anwendung eines Vorbehalts nach Absatz 2 nicht an die ersuchende Vertragspartei aus, so ist diese gemäß Absatz 7 verpflichtet, den Fall ohne unangemessene Verzögerung ihren zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung zu unterbreiten („aut dedere aut iudicare“), sofern zwischen den beiden Vertragsparteien nichts anderes vereinbart ist. Zudem ist die ersuchende Vertragspartei entsprechend zu unterrichten (Absatz 8).

Über den Ausgang des Verfahrens unterrichtet die ersuchte Vertragspartei ebenfalls die ersuchende Vertragspartei sowie den Generalsekretär des Europarats, der seinerseits die nach Artikel 30 vorgesehene Konsultationsrunde der Vertragsparteien unterrichtet. Ergeht innerhalb einer angemessenen Frist keine gerichtliche Entscheidung, so kann die ersuchende Vertragspartei dies

dem Generalsekretär des Europarats mitteilen. Der Generalsekretär des Europarats unterrichtet hierüber die gemäß Artikel 30 vorgesehene Konsultationsrunde der Vertragsparteien (Absatz 8).

Der Erläuternde Bericht stellt klar, dass die Begriffe „ohne unangemessene Verzögerung“ (Absatz 7) und „innerhalb einer angemessenen Frist“ (Absatz 8) als Synonyme zu verstehen und einzelfallabhängig auszulegen sind (Anm. 221).

Zu Artikel 21 (Diskriminierungsklausel)

Artikel 21 ist vergleichbaren Vorschriften im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und im Änderungsprotokoll zum Europäischen Übereinkommen zur Terrorismusbekämpfung nachempfunden. Während die Artikel 17 bis 20 die Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit bei der Rechtsdurchsetzung stärken, stellt Artikel 21 sicher, dass das Übereinkommen den Anforderungen entspricht, die in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten festgehalten sind. Insbesondere im Hinblick auf die Öffnung des Übereinkommens auch für Staaten, die nicht Mitglieder des Europarats sind, soll durch diese Vorschrift unterstrichen werden, dass eine effiziente Bekämpfung des Terrorismus stets unter Berücksichtigung der Menschenrechte zu erfolgen hat. Die Bestimmung bezweckt dabei keinesfalls eine abschließende Aufzählung etwaiger Ablehnungsgründe für Auslieferungs- und Rechtshilfeersuchen, sondern ist entsprechend dem Erläuternden Bericht vielmehr so zu verstehen, dass entsprechende Ersuchen auch bei vergleichbar drohenden schweren Verstößen gegen die Menschenrechte verweigert werden können (Anm. 224, 225):

- Absatz 1 stellt klar, dass nach dem Übereinkommen weder eine Verpflichtung zur Auslieferung noch zur Rechtshilfe besteht, wenn die ersuchte Vertragspartei ernsthafte Gründe – insbesondere – für folgende Annahmen hat: Das Auslieferungsersuchen wegen Straftaten, die in den Artikeln 5 bis 7 und 9 genannt sind, oder das Ersuchen um Rechtshilfe in Bezug auf solche Straftaten wurde gestellt, um eine Person wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ethnischer Herkunft oder politischen Anschauung zu verfolgen oder zu bestrafen, oder wenn die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte, wenn dem Ersuchen stattgegeben würde. Die Regelung stellt damit klar, dass das traditionelle Recht auf Gewährung politischen Asyls durch das vorliegende Übereinkommen nicht tangiert wird. Der Gefahr einer Umgehung der Auslieferungspflicht unter Berufung auf die dem Verfolgten zugesprochene Gefährdungslage im ersuchenden Staat wird durch die auch in diesem Fall bestehende Verpflichtung der ersuchten Vertragspartei begegnet, den Fall ihren Strafverfolgungsbehörden zum Zweck der Strafverfolgung zuzuleiten (vgl. Artikel 14 Absatz 3 und Artikel 18 Absatz 1).
- Nach Absatz 2 kann eine Auslieferung – insbesondere – auch dann verweigert werden, wenn der betroffenen Person Folter oder eine unmenschliche oder erniedrigende Strafe oder Behandlung droht.
- Absatz 3 sieht die Möglichkeit vor, die Auslieferung abzulehnen, wenn der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, die Todesstrafe oder eine lebenslange

Freiheitsstrafe ohne die Möglichkeit der vorzeitigen Freilassung auf Bewährung droht. Dieser Einwand soll nur dann nicht greifen, wenn die ersuchte Vertragspartei selbst nach ihren Rechtsvorschriften eine lebenslange Freiheitsstrafe vorsieht, d. h. ohne jegliche Möglichkeit der vorzeitigen Freilassung, oder sie nach den anwendbaren Auslieferungsverträgen zur Auslieferung verpflichtet ist und die ersuchende Vertragspartei eine von der ersuchten Vertragspartei als hinreichend erachtete Zusicherung abgibt, die Todesstrafe oder eine lebenslange Freiheitsstrafe ohne die Möglichkeit der vorzeitigen Freilassung auf Bewährung nicht zu vollstrecken. In der Bundesrepublik Deutschland ist gemäß § 38 Absatz 1 und § 57a StGB die Möglichkeit der vorzeitigen Freilassung auf Bewährung gegeben.

Der Erläuternde Bericht weist darauf hin, dass eine Vertragspartei, die diese Bestimmung anwendet und folglich die ersuchte Auslieferung ablehnt, der ersuchenden Vertragspartei die Gründe mitteilen soll, aus denen sie dem Auslieferungsersuchen nicht entsprochen hat (Anm. 233).

In diesen Fällen gilt Artikel 18, wonach die ersuchte Vertragspartei die Angelegenheit ihren für die Strafverfolgung zuständigen Behörden zu unterbreiten hat.

Zu Artikel 22 (Unaufgeforderte Übermittlung von Informationen)

Artikel 22 erfasst die einseitige spontane Informationsübermittlung an eine andere Vertragspartei und ist für diejenigen Staaten von Bedeutung, nach deren Recht ohne vorheriges Ersuchen keine Rechtshilfe geleistet werden darf. Eine Pflicht zur unaufgeforderten Übermittlung von Informationen besteht allerdings nicht (Erläuternder Bericht, Anm. 237). Die Offenbarung schließt auch nicht aus, dass die übermittelnde Vertragspartei selbst ein Verfahren bezüglich der betreffenden Informationen durchführt. Anzuwenden sind die jeweiligen innerstaatlichen Bestimmungen über die Weitergabe der erforderlichen Auskünfte. Bei der Unterrichtung von ausländischen Behörden durch deutsche Stellen und der Übermittlung der erforderlichen Informationen handelt es sich um die Unterstützung eines ausländischen Verfahrens ohne vorausgegangen ersuchen. Gesetzliche Grundlage hierfür ist in der Bundesrepublik Deutschland § 61a IRG (ergänzt durch § 92 IRG im Verkehr mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union). Umsetzungsbedarf besteht nicht.

Zu Artikel 23 (Unterzeichnung und Inkrafttreten)

Nach Artikel 23 sind zur Unterzeichnung des Übereinkommens die Mitgliedstaaten des Europarats und die an der Ausarbeitung beteiligten Nichtmitgliedstaaten berechtigt. Andere Nichtmitgliedstaaten können dem Übereinkommen nach dessen Inkrafttreten allerdings auf Einladung des Ministerkomitees des Europarats beitreten (Artikel 24). Artikel 23 soll auf fünf Nichtmitgliedstaaten Anwendung finden – Heiliger Stuhl, Kanada, Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika und Mexiko –, die sich aktiv an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt haben (Erläuternder Bericht, Anm. 249).

Zu Artikel 24 (Beitritt zum Übereinkommen)

Artikel 24 regelt den Beitritt von Nichtmitgliedstaaten, die sich nicht an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt haben und für die daher Artikel 23 nicht anwendbar ist. Die Vorschrift entspricht der Formulierung in bestehenden Übereinkommen des Europarats wie dem Übereinkommen des Europarats vom 23. November 2001 über Computerkriminalität (BGBl. 2008 II S. 1242, 1243). Es enthält ein ausdrückliches Element, wonach eine Einladung zum Beitritt vom Ministerkomitee nur dann ausgesprochen wird, nachdem alle Vertragsparteien konsultiert wurden und deren einhellige Zustimmung eingeholt wurde, gleichviel, ob sie Mitgliedstaaten des Europarats sind oder nicht. Damit ist es allen Vertragsparteien des Übereinkommens möglich zu bestimmen, mit welchen Nichtmitgliedstaaten sie ein Vertragsverhältnis eingehen. Der formelle Beschluss, einen Nichtmitgliedstaat zum Beitritt einzuladen, wird jedoch in Übereinstimmung mit der üblichen Praxis von den Vertretern der Vertragsparteien gefasst, die Anspruch auf einen Sitz im Ministerkomitee des Europarats haben (Erläuternder Bericht, Anm. 258).

Zu Artikel 25 (Räumlicher Geltungsbereich)

Es handelt sich bei der Vorschrift um die in Übereinkommen des Europarats verwendete Standardklausel.

Zu Artikel 26 (Wirkungen des Übereinkommens)

Artikel 26 regelt die Wirkungen des Übereinkommens auf andere Übereinkünfte und auf Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die nach internationalem Recht bestehen. Die Absätze 1 und 2 betreffen das Verhältnis des Übereinkommens zu ein- oder mehrseitigen Verträgen oder sonstigen Übereinkünften. Absatz 3 betrifft das gegenseitige Verhältnis der Mitgliedstaaten des Europarats zueinander, die gleichzeitig der Europäischen Union angehören.

Zu Artikel 27 (Änderungen des Übereinkommens)

Artikel 27 regelt das Verfahren zur Änderung des Übereinkommens (ohne den Anhang); Änderungen des Anhangs werden von Artikel 28 geregelt.

Änderungen nach Artikel 27 kann jede Vertragspartei, das Ministerkomitee des Europarats oder die Konsultationsrunde der Vertragsparteien vorschlagen. Alle Änderungsvorschläge werden den Vertragsparteien vom Generalsekretär des Europarats übermittelt (Absatz 2). Der Konsultationsrunde der Vertragsparteien werden alle von einer Vertragspartei oder vom Ministerkomitee vorgeschlagene Änderungen übermittelt; die Konsultationsrunde gibt eine Stellungnahme dazu gegenüber dem Ministerkomitee ab (Absatz 3; Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe d). Das Ministerkomitee prüft den Änderungsvorschlag sowie jede von der Konsultationsrunde vorgelegte Stellungnahme. Der Wortlaut jeder vom Ministerkomitee genehmigten Änderung wird den Vertragsparteien zur Annahme übermittelt (Absatz 5). Der Erläuternde Bericht verweist darauf, dass – auch wenn dies in Absatz 4 nicht ausdrücklich erwähnt ist – das Ministerkomitee einen Änderungsvorschlag mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarats vorgesehene Mehrheit zu genehmigen hat (Anm. 287). Eine so

vom Ministerkomitee genehmigte Änderung tritt gemäß Artikel 28 Absatz 6 am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem alle Vertragsparteien dem Generalsekretär des Europarats die Annahme der Änderung mitgeteilt haben.

Zu Artikel 28 (Überarbeitung des Anhangs)

Artikel 28 regelt das Verfahren zur Überarbeitung des Anhangs zum Übereinkommen. Der Anhang enthält die Liste von Verträgen, auf die gemäß Artikel 1 Absatz 1 Bezug genommen wird zur Begriffsbestimmung von „terroristischen Straftaten“ im Sinne des Übereinkommens. Änderungsvorschläge zum Anhang kann jede Vertragspartei und das Ministerkomitee des Europarats vorlegen, nicht jedoch die Konsultationsrunde der Vertragsparteien. In den Anhang aufgenommen werden können nur Verträge mit universeller Geltung, die im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen geschlossen wurden, sich mit dem internationalen Terrorismus befassen und in Kraft getreten sind (Absatz 1). Änderungen müssen vom Ministerkomitee, nach Konsultation der Vertragsparteien, die Nichtmitgliedstaaten des Europarats sind, mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen werden. Sie treten nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Übermittlung an die Vertragsparteien in Kraft (Absatz 2), sofern nicht ein Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär des Europarats einen Einspruch gegen das Inkrafttreten der Änderung notifiziert hat (Absatz 3). Notifiziert weniger als ein Drittel der Vertragsparteien einen Einspruch, so tritt die Änderung für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die keinen Einspruch notifiziert haben (Absatz 4). Die Absätze 1 und 2 wurden bereits angewandt. Am 13. September 2009 ist eine Änderung des Anhangs in Kraft getreten; ohne Einspruch wurde das von der Bundesrepublik Deutschland bereits ratifizierte VN-Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen in den Anhang aufgenommen.

Zu Artikel 29 (Beilegung von Streitigkeiten)

Zur Beilegung von Streitigkeiten über Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens sieht Artikel 29 verschiedene, nicht abschließende Möglichkeiten vor wie die Befassung eines Schiedsgerichts oder des Internationalen Gerichtshofs. Welches Verfahren auch immer zur friedlichen Streitbeilegung gewählt wird, es muss der Vereinbarung aller betroffenen Vertragsparteien entsprechen (Erläuternder Bericht, Anm. 301).

Zu Artikel 30 (Konsultationsrunde der Vertragsparteien)

Artikel 30 sieht vor, dass die Vertragsparteien einander konsultieren u. a. im Hinblick auf die Unterbreitung von Vorschlägen zur Erleichterung oder Verbesserung der wirksamen Anwendung und Durchführung des Übereinkommens, einschließlich des Erkennens dabei auftretender Probleme (Absatz 1). Die Konsultationsrunde der Vertragsparteien wird vom Generalsekretär des Europarats einberufen (Absatz 2), wenn er dies für erforderlich erachtet und wenn eine Mehrheit der Vertragsparteien oder das Ministerkomitee um deren Einberufung ersucht. Durch Artikel 30 soll sichergestellt werden, dass alle Vertragsparteien gleichermaßen, insbesondere auch die

Nichtmitgliedstaaten des Europarats, in etwaige Nachfolge-mechanismen eingebunden werden können.

Zu Artikel 31 (Kündigung)

Das Übereinkommen kann nach Artikel 31 jederzeit von einer Vertragspartei durch Notifikation an den Generalse-

ekretär des Europarats gekündigt werden. Den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird, regelt Absatz 2.

Zu Artikel 32 (Notifikation)

Artikel 32 enthält Einzelheiten zu den Notifizierungspflichten des Generalsekretärs des Europarats.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 875. Sitzung am 15. Oktober 2010 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Artikel 1 i. V. m. Artikel 15 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus

Der Bundesrat bittet, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob Artikel 15 des Übereinkommens eine Ergänzung von § 114b Absatz 2 der Strafprozessordnung (StPO) erfordert.

Begründung

Die Denkschrift sieht bezüglich Artikel 15 keinen Anpassungsbedarf für das innerstaatliche Recht. Hinsichtlich des Rechts des festgenommenen Beschuldigten, Kontakt zu seinem Konsulat aufzunehmen, und zu der entsprechenden Belehrungspflicht der Ermittlungsbehörden wird auf § 114b Absatz 2 Satz 3 StPO verwiesen. Nach § 114b Absatz 2 Satz 3 StPO ist ein „ausländischer Staatsangehöriger“ darüber zu belehren, „dass er die Unterrichtung der konsularischen Vertretung seines Heimatstaates verlangen und dieser Mitteilungen zukommen lassen kann“.

Für Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit findet sich eine entsprechende Regelung in Artikel 15 Absatz 3 Buchstabe a des Übereinkommens. Daneben behandelt diese Bestimmung allerdings auch den Fall einer staatenlosen Person, mithin einer Person, die weder die deutsche noch eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt. Eine staatenlose Person soll berechtigt sein, mit dem nächsten zuständigen Vertreter des Staates in Verbindung zu treten, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Dieses Recht folgt nicht aus Artikel 36 des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen (WÜK), der nur die Kontaktaufnahme der Konsularbeamten mit „Angehörigen des Entsendestaates“ regelt. Wer staatenlos ist, kann zwar als Ausländer, schwerlich aber als „ausländischer Staatsangehöriger“ angesehen werden.

Des Weiteren bestimmt Artikel 15 Absatz 3 Buchstabe c, dass die Betroffenen auch über ihre Rechte nach Buchstabe b zu unterrichten sind, wonach sie den Besuch des Vertreters eines Staates nach Buchstabe a empfangen dürfen. Eine derartige Unterrichtungspflicht ergibt sich aus dem derzeitigen Wortlaut des § 114b StPO nicht.

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass Artikel 15 des Übereinkommens des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus keine Anpassung von § 114b Absatz 2 der Strafprozessordnung (StPO) erfordert.

Der Rechtsanwendungsbefehl zur Gleichstellung Staatenloser mit ausländischen Staatsangehörigen folgt bereits aus dem Vertragsgesetz selbst. Der Vertragsinhalt (also das Übereinkommen des Europarats) wird im Zusammenhang von Vertragsgesetz und Ratifikation Bestandteil des deutschen Rechts, und zwar im Range eines einfachen Bundesgesetzes. Angesichts Bestimmtheit, Zweck und Inhalt der Norm ist Artikel 15 Absatz 3 des Übereinkommens anwendungsbestimmt (und damit – „self executing“ – unmittelbar vollzugsfähig), ohne dass es noch ergänzender Ausführungsbestimmungen bedürfte. Die Befugnis eines Staatenlosen, mit der Vertretung des Staates seines gewöhnlichen Aufenthalts in Kontakt zu treten und von dort Besuche zu empfangen, sowie die entsprechenden Unterrichtungspflichten folgen unmittelbar aus Artikel 15 des Europaratsübereinkommens mit seinem Inkrafttreten für Deutschland. Die dortigen Festlegungen ergänzen insoweit kollisionsfrei in Bezug auf Staatenlose die Vorschriften des § 114b StPO. Eine gesonderte Regelung in der Strafprozessordnung ist daher nicht erforderlich.

